

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 3,60 M., im Voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Bl. Postzeitung 95- und 72 Bl. Beilagengebühren. Auslandsabonnement 6.- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postfuhrenporto 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Welt und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Blat in die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“, „Stabbeilage“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einseitige Kontrahierung des „Vorwärts“...  
Kleinanzeigen...  
Hauptstadt...  
von 5 bis 17 Uhr.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Börsen 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polizeifunkto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. B. u. Dis.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 63/66.

## Ukrainer Greuel vor dem Sejm.

### Anklagerede des sozialistischen Abgeordneten Dubois.

Warschau, 26. Januar. (Eigenbericht.)

In der heutigen Sejm-Sitzung kam der ukrainische Antrag über die sogenannte „Besiedlungsaktion“ für Ostpolen zur Sprache und führte zeitweise zu erregten Szenen. Der Regierungsreferent verhielt sich hinter die von einigen ukrainischen Terroristen verfaßte Sabotageakte, denen er die Schuld an der Notwendigkeit der Strafexpedition zuschrieb. Großen Eindruck rief die Rede des früheren Reichstagesabgeordneten und sozialistischen Abgeordneten Dubois hervor, der vor allem die Regierungsabgeordneten anklagte,

jedes Gefühl für menschliche Würde verloren

zu haben, da jede der von den Oppositionsrednern angeführte Tatsache aus der Zeit der Soldatenherrschaft in Ostgalizien bei ihnen nur Hohnlöcher und zynische Erwiderungen hervorriefe. Wenn die polnische Regierung tatsächlich keine anderen Mittel habe als militärische Strafexpeditionen, um einige Brandstifter zu bestrafen, dann müsse eine solche schwache Regierung zurücktreten. Die Regierung habe kein Recht, für die Sabotageakte einiger Personen die gesamte ukrainische Bevölkerung Polens

durch asiatische Methoden zu bestrafen.

Die polnischen Sozialisten würden alle Kräfte daran setzen, all die Angehörigen der „Besiedlungsaktion“ ans Tageslicht zu bringen. Wenn Polen den Namen eines Kulturstaates tragen wolle, dann dürfe es nicht dulden, daß herabwürdige Fälle barbarischer Sammelstrafen für die Taten einzelner Personen Anwendung finden.

Zum Schluß kündigte Dubois an, daß seine Fraktion ein Projekt zur Herstellung einer territorialen Autonomie für die ukrainische Minderheit in Polen einbringen werde. Dem Standpunkt der Sozialisten schloß sich auch in einer Erklärung die Vereinigte polnische Bauernfraktion an.

Der Innenminister, General Skladkowski, erwiderte dar-

auf einfach, daß das Beweismaterial der Opposition gefälscht sei, mußte aber zugeben, daß „einige“ Mißbräuche vorgekommen seien. Die Schuldigen seien bereits bestraft. Auf die Anträge eines Oppositionsabgeordneten konnte aber der gut unterrichtete Innenminister kein einziges konkretes Beispiel anführen.

### „Polens Demütigung.“ Schwere Angriffe der nationalen Opposition.

Warschau, 26. Januar.

Während die polnische Regierungspresse es als einen Erfolg der polnischen Delegation preist, den Ansturm Deutschlands auf die Grenzen Polens zurückgeschlagen zu haben, spricht der nationale demokratische „Kurjer Poznański“ von einem für den polnischen Staat unerhört erniedrigenden „pater peccavi“ des polnischen Vertreters in Genf. Vor einem internationalen Forum sei der deutsche Minderheit Polens, deren Patron im Völkerverbund Berlin wäre, Genugtuung geleistet worden: es sei das so schmerzhaft für das polnische Selbstbewußtsein, daß man „die Zähne zusammenbeißen muß, um das ertragen zu können“. Soeben erst habe der Innenminister Skladkowski in einer Sejmkommission mit Stolz erklärt, daß bei den Wahlen alles in Ordnung gewesen sei. Diese Erklärung sei für die polnische Öffentlichkeit bestimmt gewesen. Dem Ausland gegenüber habe dagegen der polnische Außenminister sich genötigt gesehen, ein Geständnis der verübten Gewalttaten abzugeben. Die „Polonia“ Korfants schreibt Deutschland habe sein Ziel fast reiflos erreicht. Es habe Polen zu einem demütigenden öffentlichen Reuebekenntnis gezwungen und das Vertrauen zu der polnischen Regierung zu erschüttern gemocht. Denn der Beschluß des Rates, die Erfüllung der Verpflichtungen der polnischen Regierung zu kontrollieren, könne am wichtigsten als Ausdruck des Vertrauens gewertet werden.

## Unterhausdebatte über Indien.

### Der Erfolg der Arbeiterregierung.

London, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Das englische Unterhaus debatierte am Montagnachmittag das Ergebnis der englisch-indischen Konferenz. MacDonald berichtete unter großem Beifall. Zum Schluß hat er die Parteien, die Regierung auf dem eingeschlagenen Weg weiter arbeiten zu lassen, damit der Name Englands unter den Völkern in Ehren bestehen könne.

Die Liberalen brachten ihre volle Anerkennung für die Tätigkeit der Arbeiterregierung in der indischen Frage zum Ausdruck. Die konservativen führten zunächst eine sehr vorzügliche Sprache, und schiedten als ersten Redner den sehr gemäßigten, in der Indienfrage mit der Arbeiterregierung übereinstimmenden Samuel Hoare vor.

Später ergriß auch Churchill das Wort, um wiederum gegen Indien und die Konferenzbeschlüsse eine seiner bekannten Schattensprachen zu halten. Allerdings sprach Churchill nur für seine eigene Person und nicht für die Konservativen.

## Großer Jubel in Indien — Baumwollaktien steigen.

Bombay, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Gandhi, sein Sekretär Nehru, Frau Naidu, Patil und die übrigen Führer des allindischen Kongresses sind am Montagvormittag aus dem Gefängnis entlassen worden.

Die ganze Nacht über hatten riesige Menschenmassen vor den Gefängnistoren gewartet, um die in die Freiheit Zurückkehrenden zu begrüßen. In ganz Indien herrscht Jubel und Freude. Gandhi sah wie üblich an seinem Spinnrad im Gefängnis zu Poona, als er die Nachricht von seiner Freilassung erhielt. Er nahm sie gelassen an. Vergebens warteten später die Pressevertreter, um von dem freigelassenen keine Meinung über die neue Lage und über die Ergebnisse der Londoner Konferenz zu hören.

Am besten zeigt der Börsenbericht den Umschwung der Lage. Baumwollaktien z. B. stiegen am Montag teilweise um 20 Punkte. Es herrscht große Freude in allen Lagern, die in den Zeitungen und besonders auf den Straßen lauten Ausdruck finden. Vor dem Victoria-Bahnhof in Bombay harrten Zehntausende von Menschen in der Annahme, daß Gandhi hier eintreffen würde.

## Ghandi will die neue Lage vorurteilslos prüfen.

London, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Bevor Ghandi den Zug nach Bombay bestieg, gewährte er dem Korrespondenten des Reuters-Büros ein Interview. Darin erklärte der Führer der indischen Freiheitsbewegung unter anderem: Ich komme vorurteilslos aus dem Gefängnis und ich werde ohne Feindschaft oder Boreingenommenheit die durch

die Londoner Konferenz geschaffene neue Lage nach jeder Seite genau studieren, ebenso wie ich mit Sapru und den anderen aus London zurückkehrenden Delegierten die Rede MacDonalds diskutieren will.

Jedemwelche politischen Pläne für die Zukunft habe ich noch nicht gesagt, und ich weiß nicht einmal, ob ich in Bombay bleiben werde. Nach meiner Ansicht sollten jetzt unermüdlich sämtliche Gefangenen, die durch den Feldzug gegen die Gesetze ins Gefängnis gekommen sind, freigelassen werden. Solange das nicht geschieht, kann keiner von uns glücklich sein.

Zum Schluß gab Ghandi seine große Anerkennung zum Ausdruck über die vornehme Art, wie er im Gefängnis behandelt worden sei und noch einmal betonte er, die neue Lage unvoreingenommen prüfen und beraten zu wollen. „Auf dem Wege zur Bahn war ihm eine Tasche mit wichtigen Papieren abhanden gekommen; jedoch versprochen der ihn nach Bombay begleitende Polizeioffizier, alles Erforderliche veranlassen zu wollen, damit das verlorene Gut wieder herbeigeschafft werde.“

## Italiens Balkanfilialen.

### Nach Albanien auch Bulgarien.

Paris, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Wie das „Echo de Paris“ berichtet, ist die Annäherung zwischen Italien und Bulgarien so stark geworden, daß Bulgarien um die Entsendung einer italienischen Militärmission zur Instruktion seiner Armee „gebeten“ hat. Der Antrag sei selbstverständlich von Rom sofort zustimmend beantwortet worden.

## Nazis überfallen Gewerkschaftshaus.

### Kampf um das Gewerkschaftshaus von Hameln.

Hannover, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Die Nationalsozialisten verübten in der Nacht zum Sonntag einen wohlüberlegten Angriff auf das Gewerkschaftshaus in Hameln. Während vier Nazis in schon angelegentlichem Zustand das Restaurant des Gewerkschaftshauses betreten und Bier verlangten, blieben 25 draußen vor dem Lokal stehen. Der Wirt lehnte die Abgabe von Bier ab, worauf die vier den Wirt und den Kellner angriffen. Andere Gäste des Lokals kamen dem Wirt zu Hilfe. In diesem Augenblick stürzten die 25 Nationalsozialisten in das Lokal. Sie zertrümmerten sämtliche Fensterscheiben und demolierten das gesamte Mobiliar des Restaurants. Als Mitglieder eines Bogerkubs, die in einem Saal des Gewerkschaftshauses ein Vergnügen abhielten, auf die Schlägerel aufmerksam wurden, griffen sie ein und schlugen die Nazis in die Flucht. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Ein Reichsbannermann, der zufällig in dem Lokal anwesend war, erhielt mehrere Messerstiche.

## Severings Berlin-Gesetz.

### Rasche Arbeit notwendig.

Von Erich Flatau.

Der preussische Innenminister, Genosse Severing, hat im Gemeindeausschuß des Preussischen Landtags die Gedanken entwickelt, die ihn bei den Vorschlägen für Änderungen des vorliegenden Regierungsentwurfs für ein Berliner „Selbstverwaltungsgesetz“ geleitet haben. Diese neuen Vorschläge waren schon seit einiger Zeit in ihren Grundzügen bekannt geworden. Nach der Erörterung des ursprünglichen Entwurfs am 16. März 1930 im „Vorwärts“ erscheint eine kurze Behandlung der jetzt offiziell vorliegenden Abänderungsvorschläge wohl auch angebracht.

Seinerzeit wurde an dieser Stelle hervorgehoben, daß die Regierung mit einem Grund für die so außerordentlich beschleunigte Ausarbeitung des ersten Entwurfs in der Annahme sah, „der bisherige Magistratsdirigent habe vielleicht eine genaue Aufsicht aller Dezernate vermissen lassen“. Es wurde damals im „Vorwärts“ bemängelt, daß trotz dieser anscheinend bestehenden Auffassung man einer einzigen Persönlichkeit, einem „Uebermenschen“, dem Berliner Oberbürgermeister, neue Vollmachten geben wollte, die weit über die Amtsmacht des bisherigen Oberbürgermeisters hinausgingen. Wenn man — wahrscheinlich auch durch Feststellungen und Entscheidungen in dem jetzt abgeschlossenen Disziplinarverfahren gegen den bisherigen Oberbürgermeister — erkannte, daß ein (wenn auch befähigter) Mensch, nicht Einzelheiten aller Dezernate beherrschen kann und man hieraus Fehler der Verwaltung sich entwickeln sah und sie abstellen wollte, so war es nur logisch, daß man diesem leitenden Beamten der Stadt Berlin ein besonderes kleines Kollegium von verantwortlichen Mitarbeitern zur Seite gab, das, von der Stadtvertretung neu gewählt, ihn in der Beaufsichtigung der maßgebenden Dezernate vertreten kann, ohne zugleich aber die Hemmnisse zu zeigen, die zum Teil der bisherige sehr viel größere Magistratsapparat aufwies. Ein solches Kollegium sieht der neue Vorschlag des Genossen Severing vor. Man muß hierin in objektiver Würdigung aller Umstände eine Verbesserung sehen, ohne natürlich etwa in dieser Bestimmung, (wie auch in anderen Bestimmungen, die neu eingefügt wurden), die Erreichung des im sozialdemokratischen Gesetzentwurf enthaltenen „letzten Zieles“ konstatieren zu können.

Die Machtbefugnisse des Oberbürgermeisters haben gegenüber dem ersten Entwurf auch insofern eine Einschränkung erfahren, als er nicht mehr Leiter der aus Stadtverordneten gebildeten Stadtvertretung (Stadtverordnetenversammlung) sein soll. Diese liegt wie bisher in den Händen eines aus der Mitte der Versammlung gewählten ehrenamtlich tätigen Persönlichkeit. Der Stadtgemeindeausschuß (Hauptausschuß), das Gegenstück zu den Provinzialausschüssen, ist geblieben. Diesem Stadtgemeindeausschuß sollen auch (wie es bisher gedacht war), bestimmte Aufgaben zur endgültigen Lösung übertragen werden, auch Entscheidungen in Differenzfällen zwischen Bürgermeisterkollegium und Stadtvertretung. Das Hervorstechendste in der gegenwärtigen Auffassung des preussischen Innenministers ist der Wille, die Wahlzeit der bisherigen Magistratsmitglieder enden und Neuwahlen der Stadtverordnetenversammlung und der Bezirkskörperschaften nicht stattfinden zu lassen. Die Amtsdauer der Stadtverordneten soll normal ablaufen. Die Bezirksversammlungen werden in der weiter unten angegebenen Art verkleinert. Begrüßenswert ist vor allem die Absicht, die sogenannte „Staatsaufsicht“ für Berlin nicht in dem besonderen Berliner Gesetz zu regeln, sondern im allgemeinen, wohl erst sehr viel später zu verabschiedenden „Selbstverwaltungsgesetz“.

Die Öffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlung (Stadtvertretung) ist beibehalten worden, ebenso die Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen im Stadtgemeindeausschuß und in den Bezirkskörperschaften, die Bezirksräte heißen, und — unter Verringerung der bisherigen Zahl der ehrenamtlich tätigen Bezirksverordneten zu einem Einkörpersystem (ungefähr nach süddeutschem Muster) zusammengefügt werden sollen. Eine wesentlichste Unterstützung erfahren wird das sogenannte Bürgermeisterkollegium, dessen Mitgliederzahl noch nicht endgültig feststehen dürfte, durch Stadträte, die (als Wahlbeamte) auf ihren Fähigkeiten entsprechenden Spezialgebieten arbeiten sollen. Die beabsichtigte Organisation und Gliederung kann vielleicht am ehesten überblickt werden, wenn man das Bürgermeisterkollegium mit dem Oberbürgermeister an der Spitze als „kommunales Kabinett“ mit einem „kommu-

nales Ministerpräsidenten" und die auf Fachgebieten tätigen Stadträte als kommunale Staatssekretäre oder Ministerialdirektoren betrachtet. Hierdurch wird auch das unwillkürlich auftauchende Bedenken etwas ausgeglichen, daß das einzelne Mitglied des Bürgermeistertkollegiums so stark mit der Arbeit eines Riesendepotars belastet wäre, daß die früheren Mängel der Ueberarbeitung des einzelnen vervielfacht erscheinen.

Wenn ein Ministerium in Preußen, wie z. B. das Wohlfahrtsministerium, in sich vereinigt die Riesengebiete des gesamten preussischen Wohlfahrtswesens, des Gesundheitswesens und des Wohnungswesens, so könnte dies vielleicht doch auch in dem räumlich enger begrenzten Berlin möglich werden durch eine gut durchorganisierte Zusammenarbeit aller auf den großen Fachgebieten tätigen Persönlichkeiten. Unberührt ist vorläufig die bezirksliche Neueinteilung Berlins. Die Zahl der 20 Bezirke dürfte bestehen bleiben, sofern nicht, was evtl. noch im Gehege vorgehen werden könnte, die städtischen Körperschaften von sich aus eine entsprechende Neugliederung später wünschen und beschließen. Die alle Kompromißlösungen geben zu „heller Begeisterung“ auch die jetzigen Abänderungsvorschläge gewiß keine Veranlassung. Es darf wohl gesagt werden, daß sie in vielen Teilen eine bessere und klarere Verhandlungsgrundlage darstellen als die früheren Bestimmungen, die Berlin eines schönen Tages plötzlich überraschten, und die noch dazu in einem ganz besonderen Eiltempo Geheh werden sollten.

Eine offizielle Stellungnahme der Berliner Parteikörperschaften und auch der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu den neuen Vorschlägen liegt noch nicht vor. Von diesen Stellen müßten die Dinge jetzt betrachtet und erledigt werden mit dem Ziel, Grundlagen zu gewinnen, auf denen in der gegenwärtigen außerordentlichen Notzeit besser als bisher die kommunalen Angelegenheiten Berlins erledigt werden können.

Wenn noch bei Beginn der kritischen Erörterungen über den ursprünglichen Entwurf nicht ohne weiteres die „Eilbedürftigkeit“ der Vorlage anerkannt werden konnte, so muß jetzt wohl hervorgehoben werden, daß im Verlauf des inzwischen vergangenen knappen Jahres manche Dinge zum Teil eine viel übere Gestaltung erhalten haben. Ohne eine baldmöglichste endgültige scharfe Ordnung der personellen Angelegenheiten der Leitung Berlins, ohne eine übersichtliche feste Basis der finanziellen Ausgleichsmöglichkeiten und ohne klare Voraussetzungen für eine praktische Arbeitserledigung in den neu zu gestaltenden Körperschaften der Stadt Berlin wird — das muß jeder Einsichtige und mit der kommunalen Arbeit Berlins Vertraute zugeben — ein systematisches Wirken überhaupt nicht mehr möglich sein. Wer dies als notwendig erkennt und erreichen will, muß unvoreingenommen und unbefangene die Entwicklungsmöglichkeiten der neuen Vorschläge scharf erkennen und versuchen, in Verbindung mit weiteren Anregungen zu einem denkbar günstigen Endergebnis auszugestalten.

## Vom deutschen Privatkrieg.

Eine Statistik der preussischen Polizei.

Der preussische Innenminister hat dem Landtag den „Begleitter durch die Polizei 1931“ zugehen lassen. Darin befindet sich eine Nachweisung über die Inanspruchnahme der Polizei bei Versammlungstrawallen. Danach ist die Polizei im Jahre 1930 bei 1579 Versammlungen unter freiem Himmel und bei 915 Versammlungen in geschlossenen Räumen gegen Störungen eingesetzt.

Ueber die Urheber werden die folgenden Angaben gemacht:

„Nach den Feststellungen der Polizeiverwaltungen waren die Störer in 1873 Fällen bei den Kommunisten, in 521 Fällen bei den Nationalsozialisten und in 49 Fällen beim Reichsbanner zu suchen. In 83 Fällen sollen Angehörige des Stahlhelm, in 16 Fällen Mitglieder anderer Rechtsverbände und in je einem Fall Jungdo und Werwolfslente die Störer gewesen sein. Insgesamt wurden durch die Polizei 149 Schusswaffen, 323 Hieb- und Stoßwaffen und 608 andere gefährliche Werkzeuge bei diesen Ausschreitungen beschlagnahmt.“

Die Genauigkeit der Statistik über die Urheber muß bezweifelt werden; denn es fehlt eine Zahlenangabe über die zweifelhaften Fälle, die sicher einen sehr erheblichen Prozentsatz betragen — kann doch öfters auch in langwierigen Gerichtsverhandlungen keine völlige Klarstellung der Schuldfrage getroffen werden!

Trotz dieser Einschränkung aber ist diese Statistik wertvoll. Rund 2500 Versammlungstrawalle im Jahre 1930! Wohl war das Jahr 1930 ein Wahljahr, aber die Rohheit und Häufigkeit der Versammlungsschlachten scheint seit der Septemberwahl noch zugenommen zu haben! Die Statistik erfährt nicht die Straßenschlachten und Straßenüberfälle, sie läßt weder die Zahl der Toten noch der Verletzten erkennen, trotzdem aber gibt sie einen Begriff davon, welchen Umfang der Privatkrieg der Radikalen angenommen hat, und welche Belastung der Polizei dadurch erwächst.

Die Wirkung der Wirtschaftskrise tritt in diesen Zahlen deutlich zutage!

## Anklage gegen Wilhelm von Doorn.

Kaisertreue, die nach hinten losgeht.

In der „Kreuzzeitung“ ergiebt Generalleutnant a. D. Baechter, ein würdiger Kollege des Generals a. D. Cramon, in langen Ausführungen seine Kaisertreue. Es unterläßt ihm dabei der folgende Satz:

„Einem deutschen Kaiser hätte keine Entente die Bedingungen von Compiegne und Versailles anzubieten gewagt, kein deutscher Kaiser hätte sie je angenommen; und alles andere sind zwangsläufige Folgeerscheinungen.“

Wenn der Kaisertreue General recht hätte, so wäre dieser Satz eine furchtbare Anklage gegen Wilhelm von Doorn! Warum Baechter? Welcher Wilhelm nach Holland desertiert ist!

Türkei beglaubigt Sowjetdokumente für USA. Die türkischen Konsulate werden in Zukunft alle Sowjetdokumente beglaubigen, die für die Vereinigten Staaten bestimmt sind.

# Die Fünf-Tage-Woche in der Welt.

Die Internationale zur Weltkrise. — Staatskontrolle gegen Wirtschaftskrisen. — Abrüstung und Friedenssicherheit. — Kürzung der Reparationen.

In Zürich tagte am 21. und 22. Januar 1931 die gemeinsame Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Prüfung der Probleme der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit. In den Beratungen nahmen teil aus Deutschland Raphael und Spliedt, aus Oesterreich Otto Bauer und B. Kautsky, aus Frankreich Jouhaux, England M. A. Citrine und Gillies. Die Kommission hat sich auf folgende Erklärung geeinigt, die die wichtigsten Gedanken und Feststellungen von fünfzehn ihr vorgelegten Berichten zusammenfaßt.

Der Produktionsapparat der Weltwirtschaft ist seit dem Kriege gewaltig angeschwollen. Aber die Erzeugnisse, die produziert werden können, können keinen Absatz finden. Hat die Akkumulation von Profiten zugewandt, den Produktionsapparat in wenigen Jahren in unerhöhtem Tempo auszubauen und zu vervollkommen, so hat das Anwachsen der Löhne in derselben Zeit nicht zugehört, den Konsum der Massen im gleichen Maße zu vergrößern, wie die Produktionsfähigkeit der Industrie und der Landwirtschaft vergrößert worden ist. Dieses Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und Konsum, die Grundursache der Krise, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß

die Profite, die zum großen Teil akkumuliert und zur Vergrößerung und Vervollkommen des Produktionsapparates verwendet werden, schneller angeschwollen sind als die Löhne, die zum überwiegenden Teil konsumiert, zum Kauf von Konsumgütern verwendet werden.

Die Herabsetzung der Löhne kann dieses Mißverhältnis nicht mildern, sondern nur verschärfen. Wenn die Unternehmer jedes Landes durch Lohndruck ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Unternehmern anderer Länder zu stärken versuchen, so ist das Ergebnis aller dieser Anstrengungen nur die Senkung des Massenkonsums in der ganzen Weltwirtschaft, also nur die Verschärfung der internationalen Absatzkrise. Die Kommission betrachtet es daher als wichtigste Aufgabe der Arbeiterbewegung in dieser Zeit, sich mit aller Tatkraft und in allen Ländern dem Lohndruck zu widersetzen.

Die Rationalisierung hat die Produktivität der Arbeit in wenigen Jahren gewaltig gesteigert. Aber die durch die technische Entwicklung und durch die Intensivierung der Arbeit entbehrlich gewordenen Arbeitskräfte sind nicht in andere Produktionszweige überführt worden. Ihre Arbeitskraft liegt jetzt brach. Es ist unbedingt notwendig,

die Arbeitszeit der so bedeutend gesteigerten Produktivität der Arbeit anzupassen. Die Kommission betrachtet es angesichts der riesigen Arbeitslosigkeit in der Welt für zeitgemäß und unerlässlich, den Kampf um die Fünftagewoche (Vierzigstundenswoche) international aufzunehmen.

Donaten muß der Arbeitsmarkt auch durch Einführung der Arbeiterurlaubes, wo sie noch nicht bestehen, durch Erhöhung des schulpflichtigen Alters, durch Organisation des Arbeitsnachweises entlastet werden.

Die Kommission hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß nicht die Einschränkung der Staatsausgaben in Zeiten der Wirtschaftskrise, sondern größtmögliche Auswendungen für produktive öffentliche Arbeiten jenes Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und Konsum, das die Grundursache der Krise bildet, zu mildern vermögen:

In jedem Staat ist eine nationale Stelle zu errichten, welche auf Grund eines für längere Zeit im voraus ausgearbeiteten Investitionsprogramms die zur Durchführung dieses Programms erforderlichen Arbeiten und Bestellungen auf Zeiten großer Arbeitslosigkeit konzentriert.

Diese Methode, den Beschäftigungsgrad gleichmäßiger zu gestalten, wird desto wirksamer sein, je größer der Anteil des Staates und der Gemeinden an der Gesamtwirtschaft ist. Die Erweiterung dieses Anteils ist daher eine Voraussetzung wirksamer Beeinflussung des Beschäftigungsgrades durch das Gemeinwesen.

Die Kommission fordert mit Nachdruck, daß die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter, soweit und solange ihnen nicht vollkommene Beschäftigung gesichert werden kann, die notwendige Unterstützung für die ganze Arbeitslosigkeit oder der Kurzarbeit finden müssen. Sie fordert die Arbeiterbewegung zur Verteidigung der überall von den Unternehmern angegriffenen Arbeitslosenversicherung auf. Sie fordert die Schaffung von Einrichtungen, die dem Arbeitslosen ein Recht auf die notwendigen Unterhaltungsmittel sichern, in allen Ländern.

Die fortschreitende Organisation nationaler und internationaler Kartelle und Monopole trägt ungewisslich durch die Fixierung künstlich hoher Preise in Krisenzeiten und durch die Organisation von Dumping-Exporten, die den Weltmarkt desorganisieren, dazu bei, die Krise zu verlängern. Die Kommission fordert daher die Arbeiterparteien zum

Kampf für die öffentliche Kontrolle aller monopolistischen Zusammenschlüsse und ihrer Preisbildung unter Mitwirkung der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften auf;

Die internationalen Kartelle sollen in ähnlicher Weise durch ein beim Völkerverband zu errichtendes internationales Wirtschaftsorgan kontrolliert werden.

Die Verschärfung des Protektionismus nach dem Kriege hat zur Desorganisation der Weltwirtschaft sehr viel beigetragen. Die Be-

schlüsse der Kommission machen es der Arbeiterbewegung aller Länder zur Pflicht, auf ihre Regierungen den stärkstmöglichen Druck zu üben, um ihren sofortigen Beitritt zu der Konvention über den Zollwaffenstillstand zu erlangen und um alle Regierungen zu bewegen, in die von der britischen Arbeiterregierung vorgeschlagenen Verhandlungen über Konventionen, durch die die Zollsätze für verschiedene Warengruppen international ermäßigt werden sollen, einzutreten.

Die deflationistische Politik in verschiedenen Ländern hat gleichfalls die Krise verschärft. Die ungleichmäßige Verteilung des Goldes in der Weltwirtschaft ist eines der die Weltwirtschaft störenden Elemente. Die Kommission fordert: wirksame Kontrolle der Regierungen über die Notenbanken, Teilnahme von Vertretern der Arbeiterorganisationen an der Leitung der Notenbanken, engste Zusammenarbeit der Notenbanken, Vermeidung der WZ, in ein Organ der internationalen Kreditpolitik, Bekämpfung der Kapitalflucht aus kapitalarmen Ländern, eine auf gleichmäßiger Verteilung des Goldes gerichtete internationale Kreditpolitik.

Die gewaltigen Zahlungen, die Deutschland als Reparationen an seine Gläubiger zahlen muß und diese als Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten von Amerika zahlen müssen, tragen ebenso zur Desorganisation der Weltwirtschaft bei. Der Realwert aller dieser Zahlungen ist durch das Sinken der Warenpreise bedeutend erhöht worden. Diese Zahlungen können auf die Dauer nicht anders als in Waren geleistet werden. Ihre Leistung in Waren wird durch die Hochschulzollpolitik der Gläubigerstaaten erschwert. Diese Schwierigkeiten verstärken die Tendenz zu Scheubereitungen.

Eine Annullierung oder wenigstens Herabsetzung aller dieser aus dem Kriege hervorgegangenen Zahlungspflichtigkeiten wäre unzweifelhaft ein Mittel, die Schwierigkeiten der Weltwirtschaft zu erleichtern.

Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten für einen Schuldennachschuß, der eine solche Lösung ermöglichen würde, nur in dem Maße gewonnen werden kann, als sich die europäischen Staaten zur internationalen Abrüstung entschließen.

Aber auch abgesehen davon ist es klar, daß die politische Unruhe die Wirtschaftskrise verschärft, und nur die Schaffung eines gesicherten Friedens durch die internationale Abrüstung das Wiedergesunden der Weltwirtschaft ermöglichen kann. Die Gleichheit der Sicherheit für alle Staaten muß erreicht werden nicht durch Wiederaufrüstung der bereits entwaffneten, sondern durch bedeutende Abrüstung der noch nicht abgerüsteten Länder.

Die Kommission erkennt an, daß wie jeder einzelne Staat auch die europäische Staatengemeinschaft eines Mechanismus bedarf, der die friedliche Revision ihrer Verfassung ermöglicht. Aber sie warnt eindringlich vor den Bestrebungen des faschistischen Imperialismus Italiens, mit dem Schlagwort der Revision der Friedensverträge eine Reihe von Staaten zu einer dem Frieden gefährlichen Allianz zusammenzuhalten. Indem sie auf diese Gefahr, indem sie weiter auf die schwere Zerrüttung der italienischen Wirtschaft und auf die schweren wirtschaftlichen Folgen der deutschen Septemberwahlen hinweist, erklärt sie

die Liquidierung der faschistischen Diktaturen und Diktaturbestrebungen für eine Voraussetzung jener politischen Beruhigung Europas, ohne die die Weltwirtschaft nicht gefunden kann.

Die Kommission ist sich dessen bewußt, daß die Störung der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion, mit China, mit Indien gleichfalls zu den Ursachen der internationalen Wirtschaftskrise gehören. Sie fordert neuerlich die Wiederherstellung der normalen diplomatischen und die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten zur Sowjetunion; die tatkräftige Unterstützung der Anstrengungen der Arbeiter Indiens, Chinas, der Kolonialländer um die Hebung ihrer überaus niedrigen Lebenshaltung; aber auch, da die nationale Befreiung sich als eine Voraussetzung der Entfesselung der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte erwiesen hat, die Unterstützung der nationalen Befreiungskämpfe dieser Völker.

Die Kommission gibt sich keiner Täuschung darüber hin, daß die vollständige Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur erfolgen kann durch die Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, durch die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft und fordert die gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen aller Länder auf, den energischsten Kampf für die Ziele der internationalen Arbeiterbewegung zu führen.

## Schuldenproblem kommt nicht zur Ruhe.

New York, 26. Januar.

In einem Leitartikel über die Bemerkungen Sir Robert Hornes und Butlers zur Kriegsschuldenfrage schreibt „Times“, die Wahrscheinlichkeit eines großen Defizits im nächsten Finanzjahr werde wieder die Regierung nach dem Kongreß geneigter machen, ihre bisherige ablehnende Haltung aufzugeben. Immerhin könnte gerade die Geldnot des Staates zu einer neuen Prüfung der Frage führen. Wäre beispielsweise Frankreich geneigt, den gegenwärtigen Wert seiner Kriegsschulden gegenüber den Vereinigten Staaten durch Barzahlung zu begleichen, so könnte diese Leistung eines Kapitalbetrags unter den obwaltenden Verhältnissen wünschenswerter erscheinen als Zinszahlungen auf unbestimmte Zukunft. Jedenfalls deuteten alle Umstände darauf hin, daß das Kriegsschuldenproblem den führenden Staatsmännern in allen Ländern von neuem aufgezwungen werde.

## Keine Störung der Macdonald-Rede.

Eine Erklärung des Süddeutschen Rundfunks.

Zu der Behauptung englischer Blätter, daß vom Sender Mülhacker aus die Rundfunkrede Macdonalds über die Indienkonferenz gestört worden sei, schreibt uns die Leitung des Süddeutschen Rundfunks:

In der Zeit, zu der die Rede des englischen Ministerpräsidenten durch den Londoner Rundfunk verbreitet wurde, ging — moogen wir uns durch Rückfrage bei der englischen Rundfunkgesellschaft überzeugt haben — über den Sender Mülhacker eine Unterredung zwischen dem Berliner Kritiker Herbert Ihering und dem Stuttgarter Redakteur Hermann Wisenhardt über das Thema: „Ist die Schaubühne noch Spiegel unserer Zeit?“ Jemand etwas anderes als diese vorher genau festgelegte Unter-

redung ist während der Rede des englischen Ministerpräsidenten über den Sender Mülhacker nicht verbreitet worden. Insbesondere kann keine Rede davon sein, daß die englische Darbietung durch einen „Zwischenruf“ aus Mülhacker gestört worden sei. Dies ist übrigens technisch gar nicht durchführbar.

Diese Aufrufe von Italienern befeht. Italienische Kolonialtruppen haben nach heftigen Kämpfen die Dase Aufru, den wichtigsten Stützpunkt der Senussi, befehzt und am 24. Januar die italienische Flagge in Et Tag gehißt. Die Aufru umfaßt ein Gebiet von etwa 55 000 Quadratkilometern. Ihr Mittelpunkt ist etwa 800 Kilometer südlich der libyschen Küste gelegen. Bei den Gefechts mit den Aufständischen haben die Italiener 2 Leutnants und 2 Asstaris verloren, 16 Asstaris sind verwundet worden. Der Gegner hat auf dem Schlachtfeld 100 Tote, 13 Gefangene, 100 Gewehre und zahlreiche Munition zurückgelassen. Der Vormarsch der italienischen Truppen dauert drei Wochen.

## Lüchtig!

„Gemeinwohl geht vor Eigennuß.“

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Sprenger (Frankfurt a. M.) ist einer der besten nationalsozialistischen Agitatoren. Seine Reden bestehen nur aus Schimpfereien gegen die „Parteiuchbeamten“ und gegen die angebliche Korruption in der Republik. „Gemeinwohl geht vor Eigennuß“, ist eine seiner ständigen Redensarten. Herr Sprenger ist Postinspektor, Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Preussischen Staatsrats. In einer kleinen Anfrage, die der sozialdemokratische Abgeordnete Bürgen im Preussischen Landtag eingebracht hat, wird über ihn folgendes festgestellt:

Am 13., 14. und 15. Januar 1931 tagte der Staatsrat. Da Sprenger bereits als Reichstagsabgeordneter seine Tagelöhner für diese drei Tage in Höhe von 20 M. pro Tag erhalten hatte, zahlte ihm die Staatsratskasse nur den überschüssigen Betrag von 17,50 M. pro Tag, also zusammen für drei Sitzungstage 52,50 M. aus, obwohl Herr Sprenger sich im Büro des Staatsrats um die vollen Staatsratsdiäten bemühte.

Am 15., 16. und 17. Januar tagte der Verwaltungsbetrag der Reichspost, an dem Herr Sprenger ebenfalls teilnahm. Er erhielt für jeden dieser drei Tage 50 M. Tagesgelde vom Verwaltungsbetrag der Reichspost, ferner je 30 M. für einen Reisetag am 14. und 18. Januar.

Die Bilanz des Herrn Sprenger sieht also so aus: Am 13. Januar 20 M. vom Reichstag und 17,50 M. vom Staatsrat = 37,50 M., am 14. Januar ebenfalls 37,50 M. vom Reichstag und Staatsrat, dazu 30 M. Reispesen von der Reichspost = 67,50 M., am 15. Januar 37,50 M. vom Reichstag und Staatsrat und 50 M. von der Post = 87,50 M., am 16. und 17. Januar brachte es Herr Sprenger nur auf je 70 M. und am 18. gar nur auf 50 M. Insgesamt hat er für die Zeit vom 13. bis 18. Januar 432,50 M. erhalten. Daneben läuft sein Gehalt als Postinspektor.

Das Bild des nationalsozialistischen Abgeordneten wird erst vollständig, wenn man erfährt, daß er seine Tätigkeit im Verwaltungsrat der Reichspost mit einem Antrag begann, die Bezüge um die Hälfte zu kürzen.

## Barnow-Moritz kommt vor Gericht.

Vorgehen gegen sein Verteufelbuch.

Der Abgeordnete Genosse Ruttner, der in dem Buch „Geheißte Justiz“ von G. Barnow-Moritz mehrfach erwähnt worden ist, hat, wie wir erfahren, gegen den Verfasser und gegen den Verlag Behmann-München, der das Werk herausgegeben hat, eine einstweilige Verfügung beantragt, um die Verbreitung des Buches zu verhindern. Die erste Verhandlung, in der über die einstweilige Verfügung verhandelt werden soll, findet am 7. Februar vor einer Zivilkammer des Landgerichts I, die Hauptverhandlung am 14. Februar statt. Ruttner wird durch Justizrat Werthauer vertreten werden.

## Patriotismus gegen Bezahlung.

Der Zoll Jung vor Gericht.

München, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Der Münchener Rechtsanwalt Dr. Jung, der als angesehener Organisator der Ermordung des pfälzischen Separatistenführers Heinz-Dreis fortgesetzt eine widerliche Reklame für seine Parson macht, verklagte sozialdemokratische Redakteure, die an Hand von Tatsachen seine patriotische Haltung im Pfälzer Abwehrkampf gegen die Franzosen kritisch beleuchtet und behauptet hatten, Dr. Jung habe sich seinen Patriotismus teuer bezahlen lassen, wegen Beleidigung. Der bereits in zweiter Instanz geführte Prozeß endete mit einer formalen Verurteilung der Beklagten zu 500 Mark Geldstrafe, während der eigentlich Gerichtete Jung ist.

Die Behauptungen der sozialdemokratischen Redakteure, die die sogenannte nationale Ehre des Klägers antasteten, gingen auf Mitteilungen des Pfalz-Kommissars der bayerischen Regierung im Landtag zurück und auf Worte, die ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei in einer Sitzung des Landtages gebraucht hatte. Die Deffenlichkeit, besonders die der Pfalz, hatte das größte Interesse daran, zu erfahren, daß Dr. Jung nach seiner Ausweisung durch die Franzosen vom Reich eine Entschädigung von mindestens 50 000 Mark gefordert hat und mit Klage drohte, als ihm diese hohe Summe verweigert wurde. Tatsächlich erhielt er „nur“ 20 000 Goldmark Entschädigung und 11 215 Goldmark Betrauungsbeihilfe, während Tausende seiner Landsleute, die ihre Vaterlandsiebe mit Existenzverlust und Gefängnisstrafen bezahlt hatten, nichts verlangten und nichts bekommen haben. Darunter waren besonders viele sozialdemokratische Arbeiter. Auch der von Jung verklagte Redakteur der „Pfälzischen Post“ mußte sein mannhaftes Eintreten gegen die Uebergriffe der französischen Besatzung mit 15 Monaten Gefängnis büßen, ohne für seine patriotische Handlung vom Reich eine Entschädigung zu verlangen.

Die besondere Zwiespältigkeit des Klägers äußerte sich aber darin, daß er nach seiner Ausweisung in München ein Buch über „Die Herrschaft der Rinderweritigen“ schrieb, in dem er die Demokratie verlästerte, einen großen Teil des deutschen Volkes in seiner Ehre beschimpfte und u. a. erklärte: „Die Rentnerschleiche ist einer der Haupterwerbsswege des deutschen Volkes geworden.“ Im gleichen Augenblick aber ging er selbst her und verlangte mindestens 50 000 Goldmark aus den Steuergroschen des Volkes, ohne den geringsten Rechtsanspruch darauf zu haben.

Die erste Instanz hatte die beklagten Redakteure in einem unerhörten Tendenzurteil zu je 1000 Mark wegen Beleidigung verurteilt. Die Berufungsinstanz setzte diese Strafe jetzt auf die Hälfte herab, was immer noch als ein unbegreifliches Diktum bezeichnet werden muß, denn durch die Zeugenaussagen wurde einwandfrei nachgewiesen, daß die angeblichen beleidigenden Äußerungen nur eine sinn- und wortgetreue Wiedergabe aus einer Sitzung des Landtages darstellten. Trotz dieser formalen Verurteilung der Beklagten ist aber der Kläger Dr. Jung in der politischen Deffenlichkeit gerichtet. Die beeidigten Aussagen des Geheimrats Dr. Volas, des ehemaligen Pfalz-Kommissars, beleuchteten den Patriotismus des Dr. Jung in einer Weise, daß seine politischen Freunde gezwungen sein werden, ihren Schilling endgültig fallen zu lassen.

## Oberbürgermeisterwahl in Dresden.

Dresden, 26. Januar. (Eigenbericht.)

Der Wahlschuß der Dresdener Stadtverordneten beschloß am Montag, den früheren Reichsminister des Innern, Dr. Rülz (Deutsche Staatspartei), zur Wahl zum Oberbürgermeister vorzuschlagen. Die Wahl soll am Donnerstag stattfinden. Die Rechtsparteien haben als Gegenkandidaten den früheren volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Wolf aufgestellt, doch hat er keine Aussicht, gegenwärtig der kommunistische Gegenkandidat Ernst-Berlin.

## Hoch die Vielweiberei!

Im Strauchsausschuß verlas Sen. Hoegner die Stellen aus dem Buche Alfred Rosenbergs, des Chef-Editeurs des „Völkischen Beobachters“, die für die Vielweiberei Propaganda machen.



Prost! Rosenberg hat recht: ohne Vielweiberei kann es mit dem Germanentum nicht wieder aufwärts gehen!

## Die Kürzung der Beamtengehälter.

### Die Sozialdemokratie beantragt Staffelung der Kürzung.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt beschäftigte sich in seiner Sitzung vom Montag zunächst mit einem sozialdemokratischen Initiativgesetzentwurf, durch den der in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember vorgeordnete starrte Abzug von 6 Proz. bei allen Beamtengehältern durch eine nach sozialen Rücksichten vorgeordnete Staffelung ersetzt werden soll.

Abg. Dr. Böller (Soz.)

begründete den Antrag, durch den eine Kürzung der Gehälter in der Weise vorgenommen werden soll, daß die unteren Gruppen entlastet werden, wobei der finanzielle Ausfall gegenüber der Regelung der Notverordnung durch eine stärkere Heranziehung der höheren Gruppen ausgeglichen werden soll. Der Redner begründete ferner in ausführlicher Weise die von der Sozialdemokratie beantragte Ablehnung der Erhöhung des Stellenvorbehalts für Versorgungsanwärter.

Abg. Kuschhäler (Soz.) wendet sich gegen die mechanische Uebertragung der Beamtengehälterkürzung auf die Behördenangestellten, deren Lage keineswegs beamtenähnlich sei. Die Notverordnung hebt die tarifvertraglich vereinbarten Kündigungsfristen auf und schafft so für das gesamte Tarifwerk eine bedenkliche Rechtsunsicherheit. Die Sozialdemokratie verlange daher jetzt mindestens, daß für die Behördenangestellten der Schiedsspruch vom 31. Januar durch die Regierung angenommen wird. Ganz unerträglich sei die Fassung des § 6 der Notverordnung, wonach auch in den gewerkschaftlichen Betrieben für einzelne Unternehmungen ohne Rücksicht auf die bestehenden allgemeinen Industrietarife der Gehaltstarif aufgeföhrt worden ist. In einer sozialdemokratischen Entschärfung werde das Reichsfinanzministerium daher aufgefordert, diese rechtswidrigen Tarifänderungen, wie sie zum Beispiel die Elektrowerke A.-G. vorgenommen hat, rückgängig zu machen. Der Stellenvorbehalt für Versorgungsanwärter, der in der Notverordnung auf die gesamte Sozialversicherung ausgedehnt worden ist, müsse die Erwerbslosigkeit der Angestellten weiter vermehren und bringe einen unerträglichen Eingriff in die Selbstverwaltung. Die ganzen Bestimmungen der Notverordnung wirkten wie ein Ausnahmegesetz gegen die Angestellten. Durch die eingebrachten sozialdemokratischen Anträge sollen die notwendigen sozialen Korrekturen vorgenommen werden.

Abg. Geof. (Z.) fürchtet, daß bei Annahme der sozialdemokratischen Anträge nicht mehr die Summen erspart werden, die die Regierung unbedingt braucht. Er bittet daher den Minister um eine zahlenmäßige Auskunft. Seiner Ansicht nach wäre es das Beste, eventuell eine Freigrenze von 1200 Mark zu schaffen, dann könnten keine Ueberschneidungen wie in der Notverordnung und in den sozialdemokratischen Anträgen mehr vorkommen.

Reichsfinanzminister Dietrich

erklärte, daß man im Ministerium alle Varianten, auch die Staffelung, durchgeprüft habe. Man sei aber immer gescheitert, weil die größte Zahl der Beamten in den unteren und mittleren Gruppen sich befinde. Auch die Freigrenze von 1200 Mark führe nicht zum Ziel. Bei der in der Notverordnung vorgesehenen Kürzung der Gehälter ergibt sich eine Ersparnis für das Reich von 63 Millionen, bei der Post von 62 Millionen, bei der Reichsbahn von 82 Millionen, zusammen also 207 Millionen. Die Durchführung des sozialdemokratischen Antrags würde eine Ersparnis bringen für das Reich von 57 Millionen, für die Post von 44,5 Millionen, für die Reichsbahn von 60 Millionen, im ganzen also 161,5 Millionen, was heißt gegen die Notverordnung um 45,5 Millionen weniger. Der entsprechende Ausfall bei den Ländern und Gemeinden würde schätzungsweise 55 Millionen von insgesamt 270 Millionen ausmachen. Das Endergebnis würde also sein, daß bei Annahme des sozialdemokratischen Antrags von den insgesamt 477 Millionen Mark 100 Millionen Mark weniger auskommen würden. Er bittet dringend, keine Beschlüsse zu fassen, die den Ertrag derart beeinträchtigen. Es sei auch unhalbar, daß der Arbeiter um 6 Proz. gekürzt wird und der Beamte, der doch niemals arbeitslos werden kann, einen geringeren Gehaltsabzug erfährt. Er würde dringend bitten, die Angelegenheit in einem Unterausschuß weiter zu behandeln; er würde diesem Unterausschuß alle nur gewünschten Unterlagen zur Verfügung stellen.

Nachdem die Vertreter der anderen Fraktionen teils zustimmend, teils, wie die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, sich ablehnend geäußert hatten, wurde der Antrag, die Angelegenheit zur Weiterberatung an den ständigen Unterausschuß zu überweisen, angenommen.

Der Ausschuß setzte sodann die Einzelberatung des Haushaltes des Reichsverkehrsministeriums fort.

## Radikale gegen Pierre Laval.

### Einstimmiger Fraktionsbeschluß.

Paris, 26. Januar.

Die zweite Sitzung, die die Radikalen heute spät nachmittags abhielten, ging nach anderthalbstündigen Beratungen zu Ende. Sie schloß mit dem einstimmigen Beschluß, daß die Radikalen dem Senator Laval ihre Mitarbeit verweigern und alle Fraktionsmitglieder gezwungen sind, diesen Beschluß zu beobachten, was jede Stellungnahme einzelner Radikaler zugunsten eines Ministeriums Laval im voraus mit dem Ausschluß ahndet.

Nach der Agentur havas sollen die Sozialrepublikaner ihre Haltung gegenüber einem Kabinett Laval von der Haltung der Radikalen abhängig gemacht haben. Sie sollen gewillt sein, Laval ihre Unterstützung zu verweigern, falls die Radikalen ihm nicht die ihrige gewähren.

Die Sozialistische Partei hatte den Radikalen den schärfsten Kampf angedroht, falls sie wirklich den Mut haben sollten, in eine reaktionäre Kombination Laval einzutreten. Dennoch behaupten die politischen Figuren, daß Laval noch in der Nacht zum Dienstag sein Kabinett mit oder ohne Radikale unter Dach und Fach zu bringen entschlossen sei. Man dürfe sich also auf eine nur leicht veränderte Neuausgabe des reaktionären Kampfkabinetts Lardien geföhrt machen.

## Doch Rechtskabinett Laval-Lardieu-Maginot?

Nach Ablehnung der Radikalen, in das von Senator Laval zu bildende Ministerium einzutreten, hat dieser um 9.30 Uhr abends

die Abgeordneten und Senatoren zu sich berufen, die er in sein Kabinett aufzunehmen gedenkt. Unter den ersten, die bei ihm eintrafen, befanden sich Lardieu und Maginot. Die Radikale Linke, die Mittelgruppe, die das Junglein an der Waage bildet, hat trotz des Beschlusses der Radikalen Laval aufgefordert, seine Bemühungen fortzusetzen.

## Amerika gegen Abrüstungsvorstoß.

### Europa selbst verantwortlich.

London, 26. Januar.

Der Washingtoner Times-Korrespondent meldet: Die Anregung, daß ein amerikanischer Bürger den Vorsitz auf der allgemeinen Abrüstungskonferenz übernehmen solle, ist von der amerikanischen Regierung abgelehnt worden, und diese Haltung findet zweifellos die Unterstützung der öffentlichen Meinung. Auch der Gedanke einer Interimskonferenz unter Beteiligung eines Amerikaners hat keine Billigung gefunden. Staatssekretär Stimson legte am Sonntag dar, daß die Methode „Direkter Verhandlung“ nach Ansicht der Regierung geeigneter zur Behandlung der „wunden Stelle“ Europas sei. Die große Wichtigkeit der kommenden Konferenz wird in Washington ebenso wenig geäußert wie die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten unvermeidlich eine führende Rolle spielen werden. Aber man ist der Meinung, daß es zu weit gehen würde, wenn die Vereinigten Staaten die leitende Verantwortlichkeit übernehmen.



# Ganze Familie vergiftet.

## Schreckenstat einer Mutter. — Nachts heimlich die Gashähne geöffnet

Eine furchtbare Familientragödie spielte sich in der Nacht zum Montag im Hause Wilhelm-Stolze-Straße 5 im Nord-osten Berlins ab. In ihrer Wohnung wurden dort der 64jährige Schuhmacher Gustav Beyer, seine 49jährige Frau Emma, sowie die beiden erwachsenen Kinder, der 27jährige Kurt und die 16jährige Käthe, durch Gas vergiftet aufgefunden. Die Rettungsversuche der Feuerwehr hatten nur bei dem Sohn Erfolg. Er fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme, wo er bedenklich daniederliegt.

Nach den bisherigen Feststellungen scheint es, daß Frau Beyer in später Nachtstunde heimlich aufgestanden ist und die Gashähne in der Küche aufgedreht hat. Leise öffnete die Frau dann die Türen, die zu ihrem Schlafzimmer und dem Zimmer der Kinder führten, so daß die Räume bald völlig mit Gas erfüllt waren. Weiter wurde die Tat erst am Montag gegen 17 Uhr entdeckt. Mieter des Hauses, die um diese Zeit von ihrer Arbeitsstelle heimkehrten, sahen, daß die Kolladen des Ladens noch immer heruntergelassen waren und schöpften Verdacht. Als sich auf Klopfen in den hinter dem Laden gelegenen Wohnräumen nichts regte, bogegen auf dem Flur ein leuchtendes Gasgeruch zu spüren war, alarmierten die Leute Polizei und Feuerwehr. Die eindringenden Beamten fanden dann die ganze Familie durch Gas vergiftet auf. Der Vater und die beiden Kinder lagen regungslos in ihren Betten, die Mutter dagegen saß völlig angelehnt auf einem Stuhl am Ofen zusammengesunken. Die Bemühungen der Samariter blieben bei allen, bis auf den Sohn, erfolglos.

Das Motiv zur Tat konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden. Wenn auch das Geschäft Beyers in den letzten Monaten zurückgegangen war, so ernährte es die Familie doch immer noch. Frau Beyer aber soll schon wiederholt Selbstmordgedanken ge-

äußert haben, und es bleibt daher nur der Schluß, daß sie vielleicht in einem erneuten Anfall von Schwermut die entsetzliche Tat zur Ausführung gebracht hat.

## Im Lokal erschossen.

### Blutiger Ausgang eines Streites in der Kottbusser Straße

Eine blutige Schießerei, die leider auch ein Todesopfer forderte, spielte sich gestern in dem Lokal von Hermann Gottschalk in der Kottbusser Straße 14 ab.

Gegen 18 Uhr betreten mehrere Gäste, unter denen sich der 28jährige Hans Reihug aus der Wiener Straße 20 und dessen 26jähriger Bruder Adolf befanden, das Restaurant. Aus noch ungeklärter Ursache kam es zwischen dem Wirt und den Männern zu Streitigkeiten, die in eine Schlägerei ausarteten. Der Gastwirt griff zum Revolver und gab auf seine Widersacher mehrere Schüsse ab. Hans Reihug wurde von einer Kugel so unglücklich getroffen, daß er tot zusammenbrach. Sein Bruder erlitt einen schweren Kernschuß. Durch das Rettungsteam wurde der Verletzte ins Urban-Krankenhaus gebracht. Der Wirt, der angibt, in Rotwehrgewand zu haben, ist von der Polizei festgenommen worden. Nach seiner Darstellung hätten die Gäste mit ihm grundlos Streit angefangen, so daß er sie zum Verlassen seines Lokals aufgefordert habe. Statt dessen hätten die Männer aber seine Einrichtung demoliert und seien mit erhobenen Bierdeckeln auf ihn eingedrungen. Erst dann habe er in äußerster Bedrängnis die verhängnisvollen Schüsse abgefeuert.

Von der Polizei wird noch eine Reihe von Zeugen vernommen werden, um den Vorfall in allen Einzelheiten zu klären.

## Feuersbrunst im Geschäftsviertel

### Eine ganze Straße in Flammen.

New York, 26. Januar.

Nach einer Meldung der Allamerica Cabel Company hat eine gewaltige Feuersbrunst das Geschäftsviertel der an der pazifischen Küste gelegenen Hafenstadt Buenaventura in Kolumbien zerstört. Der Brand brach frühmorgens aus und breitete sich mit großer Geschwindigkeit in der am Hafen gelegenen Hauptgeschäftstraße aus. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit standen die Häuser der Straße in einer Ausdehnung von etwa 88 Meter in Flammen. Gegen 10 Uhr vormittags gelang es, das Feuer einzudämmen. Die Bekämpfung des Brandes wurde durch die gewaltige Hitze, die der riesige Flammenherd ausströmte, stark behindert.

Die Löscharbeiten werden durch Sturm und Wassermangel sehr erschwert. Bis jetzt sind fünf Todesopfer geborgen worden. Der Brand hat auf die Hafenanlagen übergegriffen, so daß die Schiffe nicht docken können.

## Wer sah Droschkenbesitzer Ponik?

### Die Suche nach dem Mörder des Kraftfahrers.

Durch die eingehenden Nachforschungen der Mordkommission Hebe-Dr. Wächter, ist es inzwischen gelungen, festzustellen, an welchem Halteplatz der erschossene Droschkenbesitzer Fritz Ponik zuletzt gesehen wurde.

In den verschiedenen Stellen, an denen er mit seinem Wagen zu stehen pflegte, wurde von den Beamten nachgefragt. So ergab sich, daß er am Sonnabendabend in der Zeit zwischen 10½ und 10¾ Uhr als erster in der Reihe am Restaurant Wiesenbaude in Dichterfelde-Ost hielt. Die Wiesenbaude liegt in der Nähe des Lindenbühlamms und des Teltowkanals. Andere Chauffeurs, die ebenfalls dort auf Fahrgäste warteten, haben nun gesehen, daß Ponik gegen 10¾ Uhr eine Droschke bekam. Wer die Fahrgäste waren, wissen sie natürlich nicht, sie hörten auch nicht, welches Ziel angegeben wurde. Diese Fahrgäste brauchen nichts mit dem Morde zu tun haben, es waren vielmehr wohl Leute, die von einem Ausflug heimkehrten. Der Wagen, der hinter der Droschke des Ponik stand, war eine Opel-Vinoufine. Ihr Fahrer wird, da er vielleicht etwas beobachtet oder gehört hat, dringend gebeten, sich bei der Mordkommission zu melden. Es wäre auch erwünscht, wenn die Fahrgäste, die Ponik an der Wiesenbaude annahm, ihre Bekundungen mitteilen würden.

Der Wagen des Erschossenen wird zur Zeit von Professor Brüning, dem Sachverständigen des Polizeipräsidiums, auf weitere Spuren untersucht. Die Prüfung ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Bisher hat sich nichts Neues ergeben.

## Schüsse im Hotel.

In einer Pension in der Potsdamer Straße erschoss gestern abend der 22jährige Alfred W. seine Geliebte, eine 37jährige Frau Berta Sch., aus der Greifswalder Straße. Der Täter richtete dann die Waffe gegen sich selbst und löste sich durch einen Schuß in die Schläfe. Nach dem Befund scheint das Paar im gegenseitigen Einverständnis aus dem Leben geschieden zu sein.

Juguzusammenstoß im Schneetreiben. Bei heftigem Schneetreiben fuhr, wie aus New York gemeldet wird, unweit Boston ein Lokalzug an einer Schienenkreuzung in den Boston-Washington-Express hinein. Die Lokomotive des auffahrenden Zuges geriet in Brand. Der Lokomotivführer kam in den Flammen um. Duzehende von Passagieren wurden verletzt.

# Schweres Eisenbahnunglück!

## Zusammenstoß zweier Züge. — Drei Personen getötet!

Amsterdam, 26. Januar. (Eigener Bericht.)

Ein sehr schweres Eisenbahnunglück ereignete sich heute um 19 Uhr durch Zusammenstoß eines in den Hauptbahnhof Groningen einlaufenden Personenzuges mit einem Güterzug. Die vorderen Wagen des Personenzuges schoben sich ineinander, wobei nach bisherigen Feststellungen drei Personen getötet, zwei schwer und sechs Reisende leicht verletzt wurden. Da verschiedene Reisende ausgesagt werden mußten, steht die genaue Zahl der Verunglückten noch nicht fest. Die Ursache ist in verkehrter Weichenstellung zu suchen.

## Zwei Knaben zerschmettert.

### Furchtbares Unglück auf einem Königsberger Schulhof.

Königsberg, 26. Januar.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Montag kurz nach Schulschluss auf dem Gelände der Seiler-Schule. Beim Herunterfahren vom Schulhof kam der

Anhänger eines Pfortkraftwagens, der Ries abgelenkt hatte, ins Gleiten und rief einen der schweren Torpfeiler um. Der Pfeiler traf unglücklicherweise zwei nach Hause gehende Schüler. Der neunjährige Vothar Taunshuh wurde hierbei völlig zerschmettert. Der andere Junge, namens Niemer, wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Untersuchung über die Schuldfrage wurde sofort aufgenommen.

## Wieder ein Wohlfahrtsbeamter überfallen.

Im Rathaus Neukölln wurde gestern abend der Fürsorger D. in seiner Sprachstunde von einem beurteilten Straftäter angegriffen und mit dessen Frau aufgeschrien. Das Ehepaar benahm sich so herausfordernd, daß D. beide ersuchen mußte, das Zimmer zu verlassen. Pöblich drang die Frau auf den Fürsorger ein und schlug ihm ins Gesicht, während der Mann die Älten vom Tisch warf und den Beamten gleichfalls bedrohte. Es gelang D. ans Telefon zu eilen und das Ueberfallkommando zu rufen. Die Frau wurde festgenommen, der Mann war gestücht.

den Erneuerung und Modernisierung des gesamten Maschinenparks zu bewegen.

Von diesem Augenblick ab konnte die Firma jeder Konkurrenz die Spitze bieten.

Nach der Ansicht von Franz fabriizierte man überhaupt keine Möbel. Er liebte es, von Hausrat-Massenfabrikation zu sprechen.

„Möbel“, das war ein alter abzubauender Begriff. Daran hing noch die Vorstellung vom Einzelstück.

Sein Vater hatte mal Möbel fabriiziert, damals, als er noch an Himmelsbach lieferte. Heute ging die Herstellung ins Gigantische. Heute war es Hausrat.

Franz war ehrgeiziger als der Vater. Daß der Organisationsplan straff eingepflegt war, befriedigte ihn nicht. Er sah noch immer kleine Mängel und suchte ihnen abzuhelfen. Sein Ideal freilich, Fords laufendes Band, konnte er nicht erreichen. Das wußte er. Dafür war das System zu starr, zu wenig beweglich, nicht variierbar genug. In dieser Fabrikation hieß es andere Methoden, andere Normen finden. Und er fand sie auch und wandte sie an, wenn auch nicht an einem sichtbaren Laufband.

Der Einbruch der Ungelernten in den Eisermannschen Betrieb vollzog sich in beängstigendem Tempo. Wenn das so weiter ging, waren in einem Jahr nur noch Frauen und Mädchen und junge Burschen als Arbeiter da.

Die Gesellen, meist bejahrtere Leute, die ihre Existenz gefährdet sahen, murkten.

Franz ärgerte dieses Murren; denn er hielt es sehr richtig für ein Resultat des Denkens und der Ueberlegung. Nach seiner Ueberzeugung aber war der Arbeiter da, die vorgeschriebenen fünf Handgriffe herunterzuklopfen, nicht zum Denken.

Zum Denken und zum Handeln waren er und der Vater da, vielleicht auch noch Sandow und die Werkmeister.

Die Belegschaft sollte arbeiten! Intenstiv und mechanisch! Um ihr das beizubringen, lag er seinem Vater in den Ohren, die Akkordlöcher zu kürzen und sie so zu vermehrtem Schufteln zu zwingen. Da würde ihr das Murren und das Denken schon vergehen!

Ludwig wehrte sich gegen dieses Ansinnen. In ihm war noch die, wenn auch nur dumpfe Anhänglichkeit an die alten von ihm selbst durchlebten Zeiten als Geselle lebendig, die Zugehörigkeit zu einem Handwerk. Er war stolz auf jene

Zeit, wo die Möbelschreinerei wirklich noch Handwerk gewesen war, eine Kunst, die den ganzen Einsatz, das ganze Können und das ganze Denken eines Tischlers verlangte. So verband ihn, von seiner Anschauung aus noch ein gewisses Solidaritätsgefühl mit den gelernten Arbeitern seines Betriebes. Er weigerte sich daher, die Gesellenakorde herunterzulassen.

Franz lachte ihn aus: „Vater, wir sind doch keine Wohltätigkeitsanstalt für Arbeiter. Wir wollen Geld verdienen, nicht? Dazu sind mir alle Mittel recht. Auch die schlechtesten!“

Ludwig schaute seinen Sohn entsezt an. Dann sagte er: „Hör mal, unsere Leute sollen keine Hungerlöhne haben. Sie sollen mit dem, was sie verdienen, bestehen können. Das verstehst du noch nicht recht, Franz, dazu bist du noch zu jung. Die Leute sind meist verheiratet und haben Familie. Familie bringt Verpflichtung. Oder wünschst du etwa, daß die Kinder unserer Arbeiter hungern?“

Der Zwanzigjährige lächelte ironisch: „Vater, unsere Leute können ja verdienen. Je mehr, desto besser für uns. Aber ich will ihre Arbeitskraft voll ausnützen. Sie sollen ihr Neuestes hergeben. Uebrigens, was gehen mich die Familien unserer Arbeiter an? Habe ich sie geheizen, sich Frauen und Kinder anzuschaffen?“

Ludwig wurde wütend und schmauzte: „Quatsch! Du wirst einst auch eine Familie haben. Rede also nicht solchen Unsinn!“ „Ach was, Vater, du bist sentimental. Begreife doch, die Zeiten zur Pflege des inneren Gefühlslebens sind doch endgültig vorbei. Hand auf die Brust, wenn du auf Reisen bist, machst du mit Sentimentalität Geschäfte oder mit deiner verbissenen Energie?“

Ludwig schwieg.

Was sollte er antworten?

Von diesem Blickpunkt aus betrachtet, hatte sein Junge gar nicht so unrecht.

Franz hatte sich vorgenommen, seinen Willen durchzusetzen. Wenn es nicht auf dem direkten Weg über den Vater ging, es gab noch andere Mittel.

Weiter spann er sein Netz.

Er verlegte sich darauf, Kleinmeister der Firma zu verpflichten.

Das war leicht. Denn sobald bekannt geworden war, daß die Fabrik Arbeit ausbe, kamen sie in ganzen Scharen gelaufen und unterboten sich gegenseitig in den Preisen, um Aufträge zu erhalten. (Fortsetzung folgt.)

W. Soemann C. Wöhle  
**Unternehmer..**

Die Folgen dieser ersten Aussprache zwischen Vater und Sohn zeigten sich bald.

Ein großer Saal, der bisher als Lager gedient hatte, wurde in die Werkstatträume mit einbezogen, die Beize und Poliererei in einem Nebengebäude untergebracht.

Das bedingte zwar für die fertigzustellenden Möbel eine Verlängerung des Transportwegs und war daher unwirtschaftlich. Doch für den Augenblick ließ sich keine andere Lösung finden. Dieser Schönheitsfehler mußte eben mit in Kauf genommen werden; denn das Gebot der Stunde hieß, schleunigst neuen Raum zu schaffen für das Mehr an zu leistender Arbeit.

Bald lief die Arbeit bei Ludwig Eisermann in noch viel intensiverer Weise als bisher.

Franz erwies sich trotz seiner Jugend als ein ganz geistreicher Geschäftsmann und Methodiker. Er brachte das Kunststück fertig, das nicht einmal seinem Vater gelungen war, den Arbeitsprozeß so aufzuteilen, daß selbst die hochwertigsten Möbel von ungelerten Arbeitern fertiggestellt werden konnten.

Die berühmten „Zehn Handgriffe“ Ludwigs vereinfachte er auf fünf.

Um sein Sinnen und Trachten ging nun dahin, immer mehr „Ungelernte in die Produktion einzureihen und die „Gelernten“ auszuschalten. Das bedeutete eine beträchtliche Einsparung an Arbeitslohn.

Er überredete den Vater, die eben erst auf den Markt gekommenen hydraulischen Fournierpressen mit Kalt- und Heißluft anzuschaffen. Das bedingte zwar einen Kapitalaufwand von über hunderttausend Mark, hatte aber den Vorteil, daß der eigentliche Fournierungsprozeß von Stunden auf wenige Minuten hinuntergedrückt werden konnte, also Zeit- und Geldersparnis in einem. In längstens einem Jahre hatte sich diese Neuanschaffung aus sich selbst heraus bezahlt gemacht. Der Erfolg war so in die Augen springend, daß es Franz daraufhin nicht schwer fiel, seinen Vater zu einer durchgreifen-

# Diamanten und Perlen.

Das Urteil im Lombardprozeß Schlewinsky.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den früheren Lombardhausbesitzer Max Schlewinsky wegen Betruges und Kontursverbrechens zu einem Jahr Gefängnis, den Geschäftsführer Hans Lewin wegen Beihilfe zu sechs Monaten Gefängnis und den Prokuristen Paul Berliner wegen Begünstigung zu einem Monat Gefängnis. Von der Anklage der schweren Urkundenfälschung wurden die Angeklagten freigesprochen.

Aus den letzten Verhandlungstagen ist noch ergänzend zu vermerken:

In zwei Jahren verbrauchte Schlewinsky nicht weniger als 900 000 Mark, das macht beinahe eine halbe Million Mark im Jahr. Schlewinsky und seine Ehefrau waren ständige Gäste in Spielclubs. Frau Schlewinsky fiel allgemein durch ihren Brillantschmuck, ihre Diamanten, Perlen und Smaragden, ihre kostbaren Kleider und Pelze auf. Sie hatten jeder ein eigenes Auto, und sogar die Kinder hatten jedes ein Auto. Der Angeklagte Schlewinsky erklärte dazu, daß er genötigt gewesen sei, Spielclubs aufzulassen, weil diese seine Kunden waren und er sie mit Wörtern verfolgte. Er habe niemals gespielt im Gegensatz zu den anderen Besuchern der Spielclubs, unter denen sich Rechtsanwälte, Staatsanwälte und hohe Beamte befunden hätten. Die fehlenden Summen seien restlos durch die gezahlten Bucherzinsen in die Tasche der Gläubiger geflossen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Grüneberg vertrat den Standpunkt, daß das Lombardgeschäft des Angeklagten vollkommen von Anfang an auf Betrug aufgebaut gewesen sei. Er beantragte gegen Max Schlewinsky wegen Betruges, Urkundenfälschung und Kontursverbrechens zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, gegen den Geschäftsführer Hans Lewin ein Jahr sechs Monate Gefängnis und gegen den Prokuristen Paul Berliner neun Monate Gefängnis.

# Ludendorffs Goldmacherverein.

Einer stärkerer gegen den anderen.

Im Tausend-Prozeß wurde am Montagvormittag die Vernehmung des Zeugen Obwurger fortgesetzt. Der Zeuge spricht sich wenig freundlich über den Vereinskollegen Dr. Buchsley aus. Im Frühjahr 1928 sei ein gegenseitiges Mißtrauen zwischen Tausend und dem Verein aufgetaucht.

Der Verteidiger fragt: Wissen Sie, daß man Tausend wiederholt betrunken gemacht hat, um hinter seine Geheimnisse zu kommen? Zeuge: Ich habe davon gehört. Seit der Gründung des Vereins ist das aber nicht mehr vorgekommen. — Bei der weiteren Vernehmung des Zeugen kamen die politischen Zusammenhänge zur Sprache, besonders, ob Verbindungen mit völkischen Kreisen angestrebt wurden. Der Zeuge verneint irgendwelche politischen Bestrebungen. Daß die Handelsgesellschaft nur der Deckname für politische Bestrebungen sein sollte, war nicht beabsichtigt. Die Gesellschaftsmitglieder, gleich welcher politischen Ansicht, förderten das Tausendische Verfahren im „vaterländischen“ Interesse.

Den verstorbenen und schwer geschädigten Mainhold, der die erste Anzeige gegen Tausend erstattet hatte, bezeichnete Tausend als geistig nicht zurechnungsfähig. Tausend wandte sich dann gegen die Angaben, daß er jumeist gebummelt habe und erklärte, es sei ihm oft plötzlich am Gedante zur Förderung seines Verfahrens gekommen, und diese Gedanken seien ihm wertvoller gewesen als hundertmal daselbe Experiment zu machen.

Die Verhandlung wurde hierauf auf Dienstagvormittag vertagt.

# Raubmord in Dortmund.

Ein Händler im Laden niedergestochen.

Dortmund, 26. Januar.

Ein Raubmord wurde hier an dem 40 Jahre alten Händler Spiech in der Meißenerstraße verübt. Spiech war bei seiner Schwester beschäftigt, die den Sonntag über bei ihrem Manne in Bergkamen weilte. Als sie heute morgen den Laden betrat, fand sie ihren Bruder mit einem Messer im Rücken tot auf. Der Mord muß am Sonnabend begangen worden sein.

Man vermutet, daß Käufer, die auch nach Geschäftsschluß noch den Laden betreten konnten, die Tat verübt haben.

# Astrologie und Schicksal.

In der überfüllten Aula der Humboldt-Hochschule hielt Kda Schmidt-Beil einen interessanten Vortrag über die Beziehungen unseres Schicksals zur Astrologie. Die Rednerin, fest auf dem Boden der Wissenschaft stehend, warnte vor jenen Enthusiasten und Schicksalsdeutern, die mit viel Hufspott und wenig oder gar keinem Wissen, um diese schwierige Materie zu verkünden, vorgehen, was „in den Sternen geschrieben“ steht. Für den Laien wird wohl alles Gebiet des Uebernatürlichen mehr oder minder ein Buch mit sieben Siegeln bleiben, und er wird dem Forschungsgebiet mehr mit Hochachtung, als mit Verständnis begegnen. Wir sollten wissen, daß unsere Gehirnfunktion nicht die Hauptnervenstation ist, sondern daß wir ein noch viel feiner verarbeitetes, weit wichtigeres Nervensystem, das vegetative Nervensystem, besitzen. Je nach der psychischen Beschaffenheit des einzelnen, ist nun das direkte, sachliche, oder das indirekte, intuitive Denken vorherrschend; die Rednerin beleuchtete nun die Einstellung des Menschen zu seinem Schicksal, die sich bei der einen Kategorie in dem Begriff eines unabänderlichen Fatums, eines Furcht- und Angstgefühls, einer völligen Resignation, äußert, während sich bei dem selbstbewußteren, zuverlässigeren Menschen die positive Lebensbejahung in dem Willen um die kosmische Begünstigung darstellt, und die moderne Wissenschaft behauptet, daß wir heute soweit sind, die Astrologie als feststehenden, wissenschaftlichen Begriff, und nicht nur als eine Art metaphysische Ueberlieferung zu betrachten.

# Winterhilfe 1931: Sonnabend Straßensammlung.

Die bereits der Öffentlichkeit bekanntgegebene Sammlung der Frauen Berlins zum Besten der Berliner Winterhilfe wird am Sonnabend, dem 31. Januar, stattfinden. Die Sammlung erfolgt in ganz Berlin. Der Ertrag der Sammlung dient der Beschaffung von Lebensmitteln für arme und Notleidende, sie ist ein Teil der großen allgemeinen Berliner Winterhilfe. Gleichzeitig erfolgt der Verkauf der Wohlfahrtsbriefmarken auf öffentlichen Plätzen.

Stadtkämmerer Reusch verstorben. Stadtkämmerer Rudolf Reusch ist gestern im Alter von 80 Jahren verstorben. An ihm hat die Stadt einen ihrer verdienstvollsten Mitarbeiter verloren. Rudolf Reusch ist im Jahre 1894 in die Gemeindevertretung Lichterberg gewählt worden und hat dieser sowie nach der Stadtwerdung Lichterbergs der neugewählten Stadtverordnetenversammlung ununterbrochen bis zum Jahre 1908 angehört.

# Jubiläum des Fernsprechers.

Berlins Telephon vor 50 Jahren. — „Berliner Volksblatt, siehe Bading.“

Im Jahre 1881 erschien in Berlin ein dünnes Bändchen, das diesen Namen trug: „Verzeichnis der bei der Fernsprecheinrichtung Beteiligten.“ Heute ist aus diesem Miniaturformat ein Foliant von 1500 engbedruckten Seiten geworden, der sich „Amtliches Fernsprechbuch für Berlin und Umgegend“ nennt.

Der Zufall will es, daß der Geburtstag des Berliner Telephonbuches in das gleiche Jahr fällt, in dem man in Deutschland der 100. Wiederkehr der Geburt Heinrich von Stephans gedenkt. Er, der Generalpostmeister des norddeutschen Bundes, den der Bismarck Generalpostmarschall nannte, der erste Staatssekretär des Reichspostamts, stand, wie bei so vielen Fortschritten, auch Pate bei dem Berliner Fernsprechverkehr. 1877 wurde mit der Einführung der wunderbaren Erfindung begonnen. Aber die Abneigung, namentlich auch der Berliner Geschäftswelt, gab Veranlassung, vorläufig nur einen Verkehr von Postamt zu Postamt einzuführen. Man erleichterte so die Uebermittlung von Depeschen. 1880 war es Stephan, der aufrief zur Schaffung eines öffentlichen Berliner Fernsprechverkehrs. Im Laufe von sechs Monaten meldeten sich 94 Personen. Im Januar 1881 hatten die ersten acht Teilnehmer ihren Apparat, bis zum 1. April wuchs die Zahl auf 48. Immerhin ist bemerkenswert, daß nach dem Fernsprechverzeichnis vom 14. Juli 1881 die Teilnehmer durch die Post von 8 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends bedient wurden. Dieses erste Buch, in dem jedem Teilnehmer über die ganze Breite des Stattes Raum zur Angabe seiner Adresse gegeben war, stehen nicht mehr als etwa fünfzig Teilnehmer. Einige weitere sind handschriftlich vermerkt. Aber die Nummer, die zuerst mit Mißtrauen betrachtet war, setzte sich durch. Zehn Jahre später weist das Verzeichnis 350mal soviel Hauptteilnehmer — die Zahl beträgt rund 17 500 — auf. In jener Zeit tauchte zum ersten Male auch der „Vorwärts“ auf. Das Sozialistengesetz war gefallen, und so finden wir denn im Jahrgang

1892 die Rubrik „Berliner Volksblatt“, siehe Bading, Mag. Unter Bading, Mag. steht dann „Buchdruckereibesitzer, SW., Beuthstraße 2 I, 4186.“ Eine weitere Verdoppelung zeigt zehn Jahre später das Buch von 1901: 32 000 Hauptteilnehmer. Der Sprung der nächsten zehn Jahre zeigt eine Verdreifachung: 1911 97 000! Nach einem Rückgang, der durch den Krieg hervorgerufen wurde, weist 1921 die Ziffer 157 000 auf, während dann unter der Republik bis 1931 eine abermalige Verdoppelung auf über 300 000 Hauptteilnehmer eintritt.

# Der Jubiläumsband.

Die gewaltige Ausdehnung, die das Berliner Fernsprechwesen nahm, zeigt sich auch in der äußeren Aufmachung des Buches. Während man zuerst auf jedem Blatt eine Spalte für den Teilnehmer hatte, ging man bald zu zwei und drei Spalten über. 1921 ward die vierte Spalte notwendig, während Spalte Nr. 5 1929 erreicht wurde. Hermit glaubt man bis auf weiteres auskommen zu können. Aus Gründen der Handlichkeit will man vor allen Dingen dafür sorgen, daß unser Berliner Fernsprechbuch auch in Zukunft nur aus einem Bande besteht. Andere Großstädte, wie London und New York, verfolgen das gleiche Prinzip. Der Band 1931, der vor Februar ab zur Verteilung gelangt, wird wiederum verbilligt sein; der Preis wird statt 6 nur 5 Mark betragen, wie auch schon vorher eine Herabsetzung von 12 auf 8 und von 8 auf 6 Mark vorgenommen war. In dem Jubiläumsjahre, dessen im Titel des Buches gedacht wird, erhalten alle Hauptteilnehmer ein Exemplar des Branchenfernsprechbuches gratis. Die Ausgabe des Jubiläumsbandes beginnt am 9. Februar und wird, wie alljährlich, eine größere Zeit in Anspruch nehmen.

Wir beglückwünschen Arbeiter, Angestellte und Beamte des Berliner Fernsprechdienstes zum Jubiläum und hoffen, daß ihre schwere Arbeit im Dienste der Öffentlichkeit in jeder Hinsicht die verdiente Anerkennung findet.

# Mordete er seinen Vater?

Ein Kapitalverbrechen bei Frankfurt a. d. O.

Frankfurt a. d. O., 26. Januar.

In dem Dorfe Soyah am Schwielochsee wurde gestern abend der pensionierte Eisenbahnbeamte Gottfried Hebler in seinem Hause erschossen aufgefunden.

Während er Zeitung lesend am Ofen gesessen hatte, hatte die tobdringende Kugel die Fensterscheibe durchschlagen und war ihm durch die Halsschlagader gedrungen. Hebler war 54 Jahre alt. Der Tat verdächtig ist sein Sohn, und die Verdachtsmomente gegen ihn haben sich so verdichtet, daß der junge Mann von der Polizei verhaftet und ins Gefängnis in Lieberose eingeliefert wurde. Der Verhaftete stammt aus der ersten Ehe des Ermordeten. Zwischen ihm und seinem Vater sollen schon seit längerer Zeit Differenzen bestanden haben.

Der tödliche Schuß ist aus einem 08er Militärgewehr abgefeuert worden, das inzwischen unter dem Namen versteckt aufgefunden wurde.

# „Skandal im Telephonamt.“

In Nr. 35 berichteten wir unter dieser Ueberschrift über eigenartige Personalmaßnahmen der Berliner Oberpostdirektion. Die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums sendet uns hierzu eine Art Rechtfertigungsversuch, bei dem sie zeigt, daß es sich bei unserer Darstellung um zwei zeitlich und sachlich getrennte Fälle handelt. Weiter schreibt sie, daß „die Posthalterin sehr wohl gewußt habe, daß der Mann, mit dem sie Ehebruch trieb, verheiratet war. Sie sowohl wie der Mann haben ihr ehrebrecherisches Verhalten zugegeben“. Das kann nur auf Grund von Berichten festgestellt sein. Es ist also im Privatleben nachgeschlüsselt worden. Ueber das skandalöse Zeugnis folgt die Berichtigung, daß die Oberpostdirektion Berlin prüfen wolle, ob etwa dem Zeugnis eine andere Fassung gegeben werden kann. Man

# Funkwinkel.

„Sie werden von mir hören“ war der Titel einer heiteren Hör-Monatschau am Sonntagabend. Die Texte stammten von Margellus Schiffer, die Musik von Walter Gronoskan. Es war eine amüsante, satirisch-kritische Veranstaltung, bei der sogar die Funkdiskussionen mit milder Bosheit beleuchtet wurden. — In der Elternrunde sprach Lehrer Wilhelm Schmidt über „Die Schule als Lebensraum unserer Kinder“. Er betonte die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Schule und Elternhaus. Das Kind darf diese beiden bestimmenden Faktoren seiner Entwicklung nicht als einander fremd oder gar feindselig empfinden, sondern muß spüren, daß beide verständnisvoll zusammenarbeiten. Je mehr die Elternschaft an der Gestaltung der Schule interessiert ist und nach Kräften auch dabei mithilft, je mehr dem Kind diese Anteilnahme deutlich wird, desto vertrauensvoller wird es auch Schule und Elternhaus gegenüberstehen.

Das Verhältnis zwischen Schule und Familie wurde auch der Mittelpunkt eines Gesprächs, das am Montag Oberstudien-Direktor Professor Dr. Paul Hildebrandt und Schularzt Georg Wolf über die Frage „Zeugnis oder Charakteristik?“ führten. Beide Pädagogen waren sich darüber einig, daß niemals eine Zahl den wirklichen Wert einer Leistung oder die Fähigkeiten des Schülers feststellen kann. Leider fehlt vielen Eltern ebenso sehr das Verständnis für diese Selbstverständlichkeit, wie es noch manchen Lehrern abgeht. Die Charakteristik der Arbeits- und Aufnahme-fähigkeit des Kindes muß mindestens das in Zahlen ausgedrückte Urteil ergänzen. Sehr einleuchtend waren einige Beispiele, an denen die Redner zeigten, wie subjektiv die Werturteile fast immer sein müssen, und wie verschieden sogar derselbe Lehrer dieselbe Arbeit zu verschiedenen Zeiten beurteilt. — Der Jolius „Rivalen der Menschheit“, den Hermann Budzislavski in der Jugendstunde fortsetzte, gab diesmal einen Einblick in das Leben der Termiten. Der Bericht war spannend wie eine Abenteuergeschichte. Auf die Fortsetzung dieser bildhaften, unterhaltenden Belegungen dürften sich alle jugendlichen Hörer freuen. — „Fünf Minuten vor zwölf“ nannte sich ein Hörstück, das eine Gespenstergeschichte um G. Th. Hoffmann heraufbeschwören wollte. Das Manuskript hatte Alfred Mühr aus Hoffmanns Werken zusammengestellt. Für Freunde des Dichters gab es einige hübsche Erinnerungen — für die übrigen Hörer war die Veranstaltung aber wahrscheinlich nur eine ziemlich unverständliche Angelegenheit. Die breiten Erläuterungen, mit denen die Gestalten eingeführt wurden, dienten im Grunde keinem Hörer. Sie waren außerdem so wenig im Geiste Hoffmanns gehalten, daß sie meist recht störend die Stimmung beeinflussen. Tes.

sieht also ein, daß hier der Bogen doch überspannt war. Was uns die Post mitteilt, ist keine Berichtigung, sondern eine Bestätigung unserer Darstellung.

# Auto fährt in Reichsbannergruppe.

Vier Kameraden verfehlt.

Delmenhorst, 26. Januar.

Auf der Bremer Chaussee fuhr am Sonntagabend ein Personenkraftwagen aus Delmenhorst in eine nach Bremen marschierende Reichsbannergruppe. Vier Kameraden wurden schwer verfehlt.

Die Untersuchung ist eingeleitet.

# Entwicklungshemmung und seelische Störung.

Auf die Bedeutung des eigenen Körpers für die individuelle Entwicklung hat bekanntlich schon B. Rädle 1899 hingewiesen und dafür den Ausdruck „Körperismus“ geprägt, der von Freud im erweiterten Sinne übernommen wurde. Welche Bedeutung speziell die körperlichen Zeichen der sexuellen Reife für das Seelenleben des Menschen erlangen können, führte Dr. Ernst Levinger in einem interessanten Referat in der Berliner „Sexologischen Gesellschaft“ näher aus. Diese körperlichen Zeichen der Reife sind für das Seelenleben darum so bedeutsam, weil sie je nach ihrer Entwicklung das Geltungsstreben eines Menschen auf sexuellem Gebiet, also den Wunsch, ein vollwertiger Sexualpartner zu sein, befriedigen oder unbefriedigt lassen können. Sind z. B. die Sexualorgane wenig entwickelt, so kommt der Mensch leicht auf den Gedanken, daß er sexuell nicht leistungsfähig sei, daß der Geschlechtspartner sich über ihn lustig machen könne, und dieses sexuelle Minderwertigkeitsgefühl kann die normale Sexualbetätigung derart hemmen, daß es zu Perversionen oder Neurosen kommt. Eine solche Wurzel seelischer Störungen kann man also ohne weitere Analyse bei jedem Menschen vermuten, bei dem die körperlichen Zeichen der Sexualreife kümmerlich entwickelt sind; durch eine derartige Vermutung wiederum kann die Behandlungsdauer sehr erheblich verkürzt werden — worin praktisch der Hauptwert dieser Anschauungsweise liegt. Ferner erst ist es wichtig, den jungen Menschen frühzeitig über die körperlichen Zeichen der sexuellen Reife aufzuklären, damit er nicht auf Grund falscher Anschauungen und Beurteilungen sexuelle Minderwertigkeitsgefühle und dadurch wieder schädliche Verhaltensweisen erwirbt.

# Schaufrisieren der Gehilfen.

In Berlin werden alljährlich von den vielen Fachvereinen der Friseur- und Friseurgehilfen eine ganze Reihe von Wettbewerben veranstaltet, die teilweise hoch zu bewerten sind. Für die Fachabteilung der freigewerkschaftlichen Organisation der Gehilfen, der gegenüber sich ein großer Teil der Gehilfen in reine Fachvereine abgesondert hat, ist es daher nicht leicht, sich auf der Höhe zu halten. Doch auch das diesjährige Preis- und Schaufrisieren der Fachabteilung des Arbeitnehmersverbandes des Friseurgewerbes, am Sonntag in den Germania-Prachsälen zeigte, daß es den gewerkschaftlich organisierten Gehilfen und Gehilfinnen gelingt, sich zu hervorragenden Leistungen aufzuschwingen. Die große Aufmachung allein tut es nicht, so wenig wie die einseitige sachliche Betätigung, die gewerkschaftliche Bewegung erheben oder gar überflüssig machen kann. Mit Stolz konnte der Leiter der Fachabteilung des Verbandes darauf hinweisen, daß es keine andere Organisation der Friseure in Deutschland gibt, die wie der Arbeitnehmerverband sich auch die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder angelegen sein läßt. Der Verband hat im letzten Jahre etwa 27 000 Mark Arbeitslosenunterstützung gezahlt.

Binnen vierzig Minuten mußten die Ondulationsfrisuren hergestellt werden, während für die Wasserwellenfrisuren, abgesehen von der Vorbereitung, nur 30 Minuten blieben. In letzterem Wettbewerb errang Siegesmund, Leipzig, den ersten Preis. Ihm folgten die Berliner Jiegler, Sauerbier und Zander. Im Ondulationswettbewerb errangen Wittmann, Fräulein Wankowski und Rittmeister den Sieg. Einer der Preissträger betandete öffentlich, daß er seinen Erfolg der guten Leitung der Fachabteilung zu verdanken habe. Eine Reihe von Firmen hatte Zugapreise gestiftet.

Zum Schutz gegen Halsentzündung und Erkältung Panflavin-PASTILLEN

# Zahnpflege und Krankenkassen.

Wie in allen Berufsständen, hat sich auch bei den Zahnärzten im Laufe der Zeit eine sehr starke Ueberfüllung bemerkbar gemacht. Daraufhin hat der Reichsverband deutscher Krankenkassen-Zahnärzte E. B. eine Verjüngung einberufen, in der der Vorsitzende des Reichsverbandes, Dr. Alexander Drucker, einen Vortrag über das Thema „Welche Existenzmöglichkeit bietet sich heute dem jungen Zahnarzt“ hielt. Der Referent wies darauf hin, daß sich die Verhältnisse bei den Zahnärzten nicht anders gestalten können wie bei den anderen Berufen. Die Not der breiten Massen sei auch hier der Schrittmacher der Arbeitslosigkeit. Die Verhältnisse hätten sich gegen die Vorkriegszeit grundlegend geändert, wo ein sehr hoher Prozentsatz der gesamten Zahnärztleistung seine Existenz durch die Privatpraxis fand. In der Kriegs- und Nachkriegszeit bis zum Jahre 1927/28 war ein wirklicher Mangel an Zahnärzten. Die übergroße Vermehrung des Zahnärztleistandes — auf 10000 Zahnärzte gibt es zur Zeit 5000 Studierende der Zahnheilkunde — ist in der Hauptsache auf die große Propaganda des Reichsverbandes der Zahnärzte Deutschlands zurückzuführen.

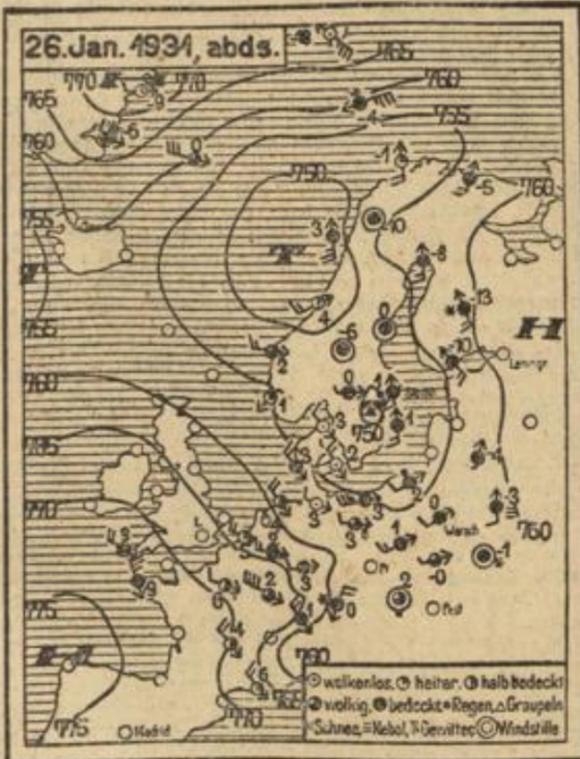
Wenn der Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands es verstanden hätte, mit den Krankenkassen geschickt zu verhandeln, wären auch die vielen Zahnkliniken nicht entstanden, die das Tätigkeitsfeld der Zahnärzte außerordentlich einengen. Nur den Krankenkassen wäre es durch ihre hygienische Volksaufklärung zu verdanken, so führt Dr. Drucker weiter aus, daß das Bedürfnis nach Zahnpflege im Volke so groß wurde.

Die schlechte Wirtschaftslage und die Notverordnung haben es verursacht, daß eine Reihe von frei praktizierenden Zahnärzten, die sich bisher ernähren konnten, durch Mangel an Patienten existenzunfähig geworden sind. So ersuchen umläufig eine Pressenotiz, daß beim Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg auch eine Reihe von Zahnärzten als arbeitslos gemeldet seien. In der Hoffnung, eventuell helfend einzugreifen zu können, suchte Dr. Drucker das Landesarbeitsamt auf, wo ihm erklärt wurde, daß Arbeitsvermittlung von Zahnärzten seitens des Arbeitsamtes nur für Assistenten in der freien Praxis in Frage käme. Auf die Frage, ob auch eine Bilanz in Zahnkliniken besteht, werden folgende Bemerkungen gemacht, daß solche Vermittlungen dem Arbeitsamt verboten wären. Es dürfte noch nicht abgemessen sein, daß ein Arbeitsamt Stellen nach den Grundfragen von Standeswürde ufm. vermittelt. Im Interesse dieser arbeitslosen Zahnärzte ist eine baldige Klärung dieser Angelegenheit dringend geboten.

Schließlich führte der Referent aus, daß keine Veranlassung bestünde, gerade die Situation bei den Zahnärzten als aussichtslos anzusehen. Der Reichsverband deutscher Krankenkassen-Zahnärzte steht im besten Einvernehmen mit den Krankenkassen und ist es ihm immer wieder gelungen, für eine Reihe von Kollegen die Zulassung zur Krankenkassentätigkeit zu erwirken. Allerdings müssen diese Kollegen folgende Bedingungen erfüllen: 1. gutes berufliches Können, 2. verständnisvolles Umgehen mit den Patienten, 3. soziale Einstellung. Gerade die Zahnärzte, die mit den Krankenkassen in enger Fühlung stehen, beobachten mit Beorgnis die Erziehung des Nachwuchses in der sozialen Zahnheilkunde an der Berliner Universität. Was kann man auch von dem zukünftigen Dozenten erwarten, wenn er z. B. bei einer Schilddrüsenamerikaner-Verhältnisse in bezug auf die soziale Gesetzgebung folgende Sätze schreibt: „Ferner sind die Lebensbedingungen andere als bei uns, da die arbeitende Bevölkerung ganz auf sich gestellt ist und nicht durch eine staatliche Sozialversicherung geschützt ist. Infolgedessen ist der Wille zur Gesundheit und zur Arbeit viel ausgeprägter, weil die teilweise überpannte Fürsorge, das eigene Verantwortungsbewußtsein abkumpft.“ Wer in solchen Anschauungen groß geworden ist, kann natürlich eine Krankenkassentätigkeit nicht ausüben und muß immer wieder in Konflikte mit den Trägern der Sozialversicherung kommen.

Der bekannte Hotelier und Inhaber des erkrankten Hotels des Kontinents, Hotel Continental, Berlin, Herr Gebelzer, Zimmermeister Dr. h. e. Kurt Eichhorn, bezieht heute seinen 60. Geburtstag.

## Allgemeine Wetterlage.



Im Südwest

# Gerhart Herrmann Mostar: Und sah die Sterne

Gegen Ende des Jahres 1620 erfuhr Johannes Kepler, dermalen Mathematicus und Astronomicus, wie auch Kalendermacher in Linz, daß seine siebenjährige Mutter zu Leonberg im Württembergischen der Hexerei angeklagt und gefänglich eingebraucht worden sei. Es lagen gegen das Mütterlein von Leonberg, wie Katharina Keplerin, des Schenken Heinrich Keplers Wittib, allgemein genannt wurde, an dreißig schwere Beschuldigungen vor: sie sollte eiskalten Frauen, denen sie als Behälter gedient hatte, die Kinder im Mutterleib nachsucht und dem Teufel verschrieben haben, so daß sie bald darauf starben; auch sollte sie mehrere Erwachsene durch Horentränke vergiftet, durch Wettermachen schwer an ihrem Gut geschädigt, durch Reflexknüpfen unfruchtbar, durch den bösen Blick lahm gemacht haben. Das Mütterlein war nicht geständig; allein da keiner ihrer Söhne mehr zu Leonberg wohnte und auch sonst kein Anwohner sich ihrer annehmen mochte, des weitern Herr Martinus Einhorn, der das Verfahren gegen sie leitete, ein recht scharfer Richter war und die peinliche Befragung und Tortur ernstlich angedroht hatte, so stand es schlecht um die Angeklagte.

Johannes Kepler ließ sofort Stellung und Familie im Stich und begab sich auf die ob des harten Winters und der kriegerischen Zeitläufte recht beschwerliche Reise ins Württembergische. Er mußte, daß der Kampf um seine Mutter, den er nun begann, schwer werden würde und wenig Aussicht auf einen Sieg bot. Katharina Keplerin war allzeit ein bössartiges, zänkisches, gern verbotene Dinge treibendes Weib gewesen; ihre eigenen Sachen und ihr eigenes Haus hatte sie vermahlosten lassen und dafür sich in anderer Häuser und Angelegenheiten gebrängt; liebe Worte für ihren Mann und ihre Kinder hatte sie nie gefunden, dafür aber um so mehr böse für ihre Nachbarn; so daß schließlich ihr Mann vor ihr flieh und in den Kriegswirren als Landstreckt umkam; wie denn überhaupt jeder, der es irgend vermochte, sie gerne mied. Ihr Sohn mußte, wie die Mut des Volkes sich gegen sie lehnen mußte, nun sie angeklagt war, wie diejenigen, welche sie kannten, ihr jegliche Lintot zutrauen mußten, und wie demnach von den Leonbergern und von ihrem Burgemeister Martinus Einhorn nichts für sie zu erwarten war. Deshalb begab Kepler sich zuvörderst nach Stuttgart und wurde bei den herzoglichen Räten vorstellig; erreichte aber durch viele und langwährige Petitionen nur, daß der Prozeßactus an die Tübinger theologische Fakultät eingeschickt und von ihr, als der obersten geistlichen Behörde, das Urteil gefällt werden sollte; hingegen blieb die Untersuchung in den Händen Martinus Einhorns, und damit auch das Recht zur peinlichen Befragung mit allen Instrumenten der Folterkammer.

Alles, was Kepler nun unternehmen mochte, mußte darauf abgestellt sein, die Tortur zu verhindern. Seine Mutter, eine empfindsame, an und für sich schwertrunkene Greisin, würde unter den Qualen der Eisernen Jungfrau und des Spanischen Stiefels alles gesehen, was man nur wollte. So ließ Kepler durch einen Elbaten die Tübinger Professoren, von denen einige ihm wohlwollten, um einen vorläufigen Beschluß bitten, der die Folterung verhindern würde; er selbst begab sich ungesäumt nach Leonberg, wo er am Spätabend des 20. Dezembers ankam, — um jogleich zu erfahren, daß seine Mutter in der Frühe des nächsten Morgens, um vier Uhr, peinlich befragt werden sollte. Daß bis zu dieser Stunde die Tübinger Entscheidung gefällt und eingetroffen sein könnte, erschien unmöglich; so ging Johannes Kepler den schweren und nicht sehr aussichtsreichen Gang durch die heimlichen Gassen zu Martinus Einhorn, um von ihm einen Aufschub zu erbitten; und hier, in der Burgemeisterlei des Hiedelms Bemberg in Württemberg, fand jenes denkwürdige Gespräch statt, das um ein Haar das ganze, gemaltig und scheinbar unerschütterlich stehende Reich der Geschichte angeschaltet und rückwärts gesteuert hätte; und hier auch sollte Kepler jene Entscheidung, die es demnach vorwärts schickte und ihm den Rhythmus verlieh, in dem es heute kreist: den Rhythmus, der unser Jahrhundert schwindeln macht und tanzen oder stürzen. —

Wenn Kepler sich den Burgemeister Einhorn als rechten Bitterlich vorgestellt hätte, groß und mit düsterem Blick und derber Faust; so wurde er zunächst aufs angenehmste enttäuscht, denn Herr Martinus war gar von Gestalt und geistig von Antlitz und überhaupt Keplern eher ähnlich als gegenständig; so daß der Professor mit seiner Waffe kämpfen konnte, nämlich mit der des Gedankens, welche auch die Waffe Einhorns war.

Raum hatte der Petent seine Bitte vorgebracht, so erwiderte Einhorn: „Das liegt bei Euch, Johannes Kepler, nur bei Euch!“ Und als Kepler fragte: „Wie das?“ — lächelte der Burgemeister mit schmalen, sehr feinen, etwas spöttischen Lippen und fragte: „Sagt mir zunächst, Herr Mathematicus: glaubt Ihr denn überhaupt an Hexen?“

Der Astronom mußte nicht, ob das eine Falle war; aber er durfte selbst dann seine Meinung ruhig sagen, denn es war die Meinung fast aller Menschen seiner Zeit: „Ja“.

„Und warum“, fragte Einhorn mit dem gleichen Lächeln, „warum glaubt Ihr, daß gerade Eure Mutter keine Hexe sei? Ihr müßt wohl, daß die Zeugnisse, die gegen sie beigebracht wurden, so sichere sind wie nur je in einem solchen Prozeß?“

„Ich glaube nicht nur, daß meine Mutter unschuldig verdächtig und keine Hexe ist, sondern ich weiß es; weiß es als ihr Sohn, der den reinen Grund ihres Herzens kennt, wie auch ihre gartige Oberfläche.“

Kepler schwieg; Einhorn hatte, ohne Härte, abgewinkt: „Laßt das jetzt. Jedenfalls aber glaubt Ihr, daß es Hexen gibt, und daß nur just Eure Mutter keine ist.“ Der Burgemeister wurde plötzlich ernst; das Lächeln schwand schnell; er stand auf und stützte die Faust fest auf den Tisch. „Und ich, Johannes Kepler, ich glaube genau das Umgekehrte. Ich glaube nicht, daß es sonst Hexen gibt. Aber daß Eure Mutter eine Hexe ist: das glaube ich. Denn, damit Ihr mich versteht: man ist, was man zu sein glaubt. Zumindest müssen wir Irreiter uns an das halten, was einer von sich meint. Der rechte Glaube macht fest, heißt's in der Schrift; der unrechte mag also auch unselig machen. Eure Mutter aber glaubt selbst, daß sie den bösen Blick habe, die Kunst des Wettermachens verstünde, Buhlschaft mit dem Teufel treibe, ergo eine Hexe sei — wenn sie mir's auch nicht eingestekt.“ Er sah, wie Kepler errötet einfallen wollte, und sprach schnell weiter:

„Über lassen wir zunächst einmal Eure Mutter. Sprechen wir nun Euch, der Ihr Sohn ist. Was ist dies hier, Herr Astronomicus?“ Er hob einen zerlesenen Band: „Dies ist Euer Buch, Johannes Kepler, das Ihr herausgabest anno 1609, und das von der Bewegung der Weltkörper handelt. Darin schafft Ihr Ordnung im wirren System des Kopernikus, und darin beweiset Ihr, daß Kopernikus im Grunde doch recht hat. Daß also die Erde sich bewegt sanft allen anderen Planeten um die Sonne, welche feststeht.“

„Und Ihr seht ein“, sagte Kepler heftig, wider Willen und trotz der Sorge um die Mutter hineingerissen in die Gist der Erkenntnis und Berausung von einer Zustimmung, die er fast nie fand und hier zuletzt zu finden gemeint hatte: „Ihr seht ein, daß ich recht habe? Daß dies wahr ist?“

„Jawohl. — Und zugleich sehe ich ein“ — der Burgemeister stützte jetzt beide Hände auf die Tischplatte, die zwischen ihm und

Kepler stand, seine scharfen Augen suchten Keplers kurzfristig blinzelnde — „daß es nicht wahr sein darf!“

„Ihr spielt Rache und Mäus mit mir. Ich bange um die Mutter, und Ihr zwingt mich zu spitzfindigen Disputationen.“

„Wißt Ihr, daß Galilei widerrufen mußte?“ fuhr Einhorn unbeirrt fort. „Wißt Ihr, warum er widerrufen mußte? Weil die Wahrheit, die er fand, die auch Ihr fandet, eine Wahrheit des Teufels ist, welche das Reich Christi zerstört! Den Glauben zerstört, die Einigkeit, die Harmonie, das Glück der Menschheit! Habt Ihr darüber einmal nachgedacht, Johannes Kepler?“

„Nein“, sagte Kepler; und lag nicht. Ich habe beobachtet, verglichen, errechnet; mit diesen meinen kurzfristigen Augen habe ich Nacht für Nacht die Positionen des Mars aufgeschult und verzeichnet; das Ergebnis war die Ellipse. Ich will nichts stürzen, ändern, will nicht einmal bessern; ich bin Forscher, nichts sonst.“

„Oh, ich glaube Euch, daß Ihr nichts wollt! Ihr seid kein Wille, Ihr seid ein Werkzeug; und ein Werkzeug nicht in Gottes Hand, Kepler! Sprecht, was hält diese Menschheit zu sammen, notdürftig genug? Daß Gott den Menschen, und also jeden von uns, geschaffen hat als Gipfel der Schöpfung! Daß schnellwegen und um sein Haupt die Sterne sich drehen, der Mond, die Sonne, um ihm zu leuchten, um ihm schön zu sein! Und daß dieser Mensch, dem die Schöpfung gehört, auch ein guter Mensch sein muß, um Gottes Willen, um feinetwillen! Daß die Musik der Sphären und der Gesang der Engel sein Lohn sind! Dieser Glaube, Kepler, hindert das Böse, daß es uns nicht verschlinge, dieser Glaube allein! — Nun aber kommt Ihr, Kopernikus, Galilei, Kepler, mit Euren Kreisen und Ellipsen. Nun seht Ihr an die Stelle der Sphärenmusik ein totes, stummes Kreischen von Äugeln. Nun soll der Mensch Stübchen sein im All, ein Nichts, zufällig kommend, zufällig gehend, ohne Rechte, ohne Pflichten, ohne Gott.“

„Ich meine, daß ein Gott, der das Kopernikus Welt erschaffen konnte, tausendmal größer sei als der Gott der Griechen!“

„Zu groß, Kepler, zu groß, um ein Gott für Menschen zu sein! Sie werden sich zerstreuen, die Menschen, wenn sie nicht mehr der Sinn der Welt sind! Ihr werdet sie töten mit Eurer Wahrheit!“

„Es ist doch aber eine Wahrheit!“ sagte Kepler fest.

„Das ist Euer Glaube, Kepler, der Glaube an Eure Wahrheit: ein Aberglaube; ein Hezenglaube. Denn eine Wahrheit ist dann erst eine wahre Wahrheit, wenn sie notwendig ist und den Menschen nützlich! Alle andere Wahrheit ist ein Nichts und ein Spul des Teufels — des Teufels, jawohl! Ach Kepler, was ist Katharina Keplerin, die kleine Sultana von Leonberg, gegen Euch, ihren Sohn, den großen Intubus der Welt? Ihr, Kepler, Ihr seid der wahre Heger! Was lohnt sich, Eure Mutter zu torquieren, da sie Euch schon gehor? Kepler: im Namen der Welt, die Ihr stürzen wollt, und welche die meine ist, im Namen dieser alten, stiftlichen Welt sage ich Euch jetzt, was all meine Fragen sollten und all mein Predigen: —

Ich will diese Welt retten, retten vor Euch. Galilei hat wider-

tufen — aber das ist nutzlos; jedermann weiß oder wird wissen, daß er gezwungen wurde. Ihr sollt auch widerrufen, Johannes Kepler, aber keiner wird wissen, daß Ihr müßt! Denn nicht Ihr werdet gefoltert, so Ihr widerst, sondern — Eure Mutter!“

„Wer gab Euch diesen teuflischen Auftrag?“ schrie Kepler, die zitternden Hände an die Schläfen gerührt.

Der andere redete sich so hoch auf, daß er größer schien als Kepler, ob er's gleich nicht war, und lächelte so stolz, daß es den Begner fast niederwarf: „Niemand. Ich bin selbst Manns genug, um für meine Welt zu stehen. Ihr begreift das nicht, da ich doch nichts bin als der Burgemeister des winzigen Fleckchens Leonberg? Ach, Kepler: ich bin ehrgeizig gewesen, eine ganze, stürmische Jugend hindurch; dann habe ich erkannt die Eitelkeit dessen, was diese Welt zu geben vermag, und erschauend begriffen die Echtheit der inneren, oberen, göttlichen Welt — ohne ihr nachzureden, wie Ihr! Gott gab Euch in meine Hand, damit ich seine Welt vor Euch bewahre. Ich kenne meine Aufgabe: ich habe Retter dieser Welt zu sein, nicht zu gelten! — Ihr aber, Kepler: Ihr werdet in Eurem nächsten Wert selbst beweisen, daß Ihr unrecht hattet. Ihr werdet Euch selbst widerlegen, versteht Ihr? Zug um Zug! So Ihr das aber nicht wollt; so wird Eure Mutter um vier Uhr in der Frühe torquiert. Es sind drei Stunden bis zu dieser Zeit. Gehet nun und überdenket alles wohl!“ —

— So fand Kepler sich jählings auf der mitternächtlichen Gasse wieder; der frostharte Boden des ungeschliffenen Beges klang hell unter seinen Schritten. Er ging schnell von dannen, ob er gleich nicht wußte, wohin; denn sein geprengtes Herz schlug viel zu hart, und sein aufgeseuchtes Hirn schmerzte viel zu sehr, als daß er einen klaren Gedanken hätte fassen können. Eindringte, die scheinbar fern lagen, drängten sich nahe an ihn; wie er auf dieser selben Gasse als Kind gespielt, und wie er von seiner Mutter nachher manchen ungerechten Schlag empfangen hatte in der Stube, darin es nie sauber und ordentlich ausgelesen hatte wie bei den Eltern seiner Spielgenossen; unversehens ward ihm das Bild der Mutter wieder deutlich — und da fiel die fürchterliche Alternative dieser Nacht wieder zerkend in sein Denken: diese schlechte Mutter oder seine gute Lehre! Und doch mußte er zulassen, daß die Lieblosigkeit der Mutter ihn nicht entband von der Pflicht des Sohnes. Pflicht war hier, Pflicht war dort, Pflicht gegen die Mutter stand wider Pflicht gegen sich selbst, Pflicht gegen das Herz wider Pflicht gegen den Gott, Pflicht zur Güte wider Pflicht zur Größe.

Der Gedanke „Größe“ traf ihn so, daß ihn schwindelte; er mußte stehen bleiben und sich an eine Mauer lehnen, und seine Arme anwinkeln. War denn er, der Mathematikprofessor Johannes Kepler, zur Größe geschaffen? Bisher hatte er es geglaubt; hatte geglaubt, daß Größe darin läge, neue Gesetze zu entdecken, während sie doch allein darin bestand, solche zu verantworten, wie er nun, durch Martinus Einhorn, mußte. Nicht im Geistigen also lag wahrhafte Größe, sondern im Sittlichen — hatte er da nicht bisher sein Weltbild gebaut spielerisch fast und leichtfertig wie ein Kind, nur immer aus dem Willen zum Forschen, und nie aus dem Willen zum Guten? Welch fürchterliche Verantwortung nun für ihn, mit solchem Weltbild seine Zeit zu stürzen, an ihm die Menschheit leiden zu lassen und vielleicht zerbrechen. — (Schluß folgt.)

## Der faschistische Homer Ein modernes Heldenepos

Endlich nach verschiedenen mißglückten Anläufen, hat der Faschismus seinen Homer gefunden! Er hat darum einen Weltberühmter ausgespielt und eine Kommission ernennen müssen, aber es ist dann auch ein Homer geworden, der sich sehen lassen kann. Sein Wert heißt: „Die sechshundertzwanzig Gesänge der Revolution“, wird in 27 Foliabänden erscheinen, von Giacomo Bella illustriert (einem früheren Anarchisten) und nur 13.500 Lire kosten. Aber man bekommt auch etwas für sein Geld, wenn man dem Prospekt glauben kann. Bis jetzt ist erst der erste Band dem „Duce“ zu Füßen gelegt worden, aber da läuft einem das Wasser im Munde zusammen. Der Verfasser — er nennt sich bescheiden der florentinische Virgil — Virgilio Fiorentino — zeigt uns den Herrn des Hohen, der durch den Bolschewismus Rom zerstören will. Zum Glück hat der Satan nicht allein zu bestimmen. Der unbekannt Soldat im Verein mit Dante und der Jungfrau Maria wird beim sieben Gott vorstellig und dieser beschließt, Benito Mussolini mit der Mission des Retters Roms zu betrauen. Der Erzengel Gabriel erscheint also in der Redaktion des „Popolo d'Italia“ und bringt Mussolini ein Vorkorbündel als Symbol seiner Unmacht. Hier sind offenbar Totfischen wiedergegeben, wenn auch zeitlich etwas verrückt und ein wenig verklärt. Es gab nämlich noch keinen „unbekannten Soldaten“, als im Frühjahr 1915 der Erzengel Gabriel im „Popolo d'Italia“ im Gestalt eines französischen Abgeordneten erschien. Er brachte auch nicht gerade ein Korbündel, sondern ein Bündel französischer Banknoten, das dann Rom vom Bolschewismus retten half. Das sind natürlich erlaubte poetische Ulysses. Nun wird es aber in der Hölle lebendig und einer der erfahrensten Teufel erhält Auftrag, in den Leib Wilsons zu fahren, dessen Seele einzuweichen in der Hölle aufgegeben wird. Der als Wilson verkappte Satan läßt die Siegesgöttin Vittoria rauben und gefesselt an Jugoslawien ausliefern. Da erwacht das homerische in Mussolini, und er läßt die Redaktion des „Avanti“ anzünden. Der Satan mobilisiert weitere Jahrgänge: Giolitti, dann Ritti. Ihnen gelingt es, die Göttin des Sieges an einen Felsen in Dalmatien zu schmieden, von wo sie Lenin abholen soll. Zum Glück kommt D'Annunzio mit seinen Adlern, um sie zu verteidigen, aber die Sache wäre trotzdem schief gegangen, wenn nicht der Himmel über eine abgewanderte Transportfirma verfügte, die unter der DIRECTION der Jungfrau Maria leinertzeit des Haus von Nazareth nach Voreto beförderte. Dieser vertraut man den Transport der Siegesgöttin von dem dalmatinischen Felsen in die Redaktion des „Popolo d'Italia“ an, wo Mussolini für ihre gute Aufbewahrung sorgt. Es folgen epische Schlachten, in denen alle romanischen Kräfte sich gegen den angelsächsischen Protestantismus wenden. Schließlich siegt natürlich der Duce mit seinen Titanen, und Mussolini macht dann einen Ausflug in den Himmel. Wahrscheinlich stammt die im Volke heute kursierende Erzählung von Mussolini, der sich einen Augenblick aus Gottes Thron setzt und nach einem Photographen ruft, aus dieser Wochenendepisode. Zu guter Letzt wird die Vittoria noch einmal unquartiert, kommt nach Rom und wird dort dem König vorgestellt. Schließlich tritt auch noch der Papst in Aktion, und statt des anfänglichen Triumphs des unbekannt Soldaten, Dantes und der Jungfrau Maria sehen wir nun den sehr bekannten und gar nicht soldatischen Mussolini, den münzengemeinden König und den der Gefangenenshaft entronnenen Papst. Wilson, Ritti und die anderen Ausgeburt der Hölle sind endgültig gemeiert, Bolschewismus und Protestantismus dito. Es ist ein schönes Werk, so reich an echter Poesie, wie der Hölchen an echter Größe. Es sollte in keinem Haushalt fehlen.

Der Wald in Norwegen bedeckt eine Fläche von der Größe Bayerns, in Schweden und Finnland eine Fläche von über der halben Größe Deutschlands.

## Wolfgang Amadeus Mozart Zu seinem 175. Geburtstag

Als er starb, regnete es. Nur wenige Freunde geleiteten die Leiche bis zu der „allgemeinen Grube“, in die sie gesenkt wurde. Der Wag, an dem sie ruht, ist ewig ungeschunden. Dieser arme Musiker, der bei seinem Tode, höchst, so wenig bewundert, daß das Best nicht für eine bürgerlich bescheidene Bestattung reichte, war kein Unbekannter, kein Bekannter gewesen. Wolfgang Amadeus Mozart führte das Leben eines hochberühmten Zeitgenossen: ein Leben in Not und Sorgen, das vom märchenhaften Glanz der Kindertage graulich abfiel.

Das schöpferische Genie des Musikers, der eines Musikers Sohn gewesen, offenbarte sich schon im vierjährigen Knaben. Mit sechs, sieben Jahren war er eine europäische Berühmtheit. Sein Vater nahm ihn und die ältere Schwester mit auf Reisen, in die deutschen Länder, nach Paris, nach London. Hier war es, daß Christian Bach, der königliche Hofkapellmeister, Sohn des großen Bach, das Talent des kleinen Mozart den abenteuerlichsten Prüfungen unterwarf. Könige und Prinzessinnen wetteiferten, den Wunderknaben zu feiern und zu verwöhnen, als kostbare Karität wurde er von einem Fürstentum zum anderen gerichtet.

Die Huld der Fürsten ist dem Mann in seinem erfolgreichen Wirken nicht untrennbar geworden. Die großen Herren liebten es, die Höhen ihrer Welt mit den Gaben seines Genies zu schmücken, und sie sparten nicht mit Beweisen ihrer allerhöchsten Anerkennung. Der Künstler mochte dabei verhungern, das war ihre letzte Sorge. Das stehende Band der Tantiemen war damals noch nicht erfunden. Der erste, der die gute Idee hatte, der schöpferische Autor müsse billigerweise am Ertrag seiner Arbeit dauernd teilhaben, war der „Figaro“-Dichter Beaumarchais. Aber Mozart hat von seinem „Figaro“ keine Prozente bezogen. Doch der „Figaro“-Erfolg hat ihm immerhin einen Vertrag über 100 Dukaten eingetragen, um deren Preis — das übliche Honorar damals — er nun den Auftrag zur Komposition der Oper „Don Giovanni“ übernahm. Es ging dem Musiker schlecht in jenen Zeiten, das gehörte zum Beruf. Mozart streckte nicht nur immer in Schulden — das gibt es auch bei Schwerverdienern —, sondern es war, nach den glücklicheren Jahren der Wunderkindheit, ein Dasein ewig in Elend und materieller Gedrücktheit, durch das er sich schlug. Noch vier Jahre vor seinem Tode mußte er eine subalterne, miserabel dotierte Stellung — achtundert Gulden Gehalt — annehmen, in die sein Kaiser, bekanntlich ein sehr „hochherziger“ Monarch, Joseph II., ihn gnädig berief. Und noch auf dem letzten Lebensjahr lastete der Druck schwerster Sorgen. Er war, das nahe Ende ahnend, mitten in der Partitur seines „Requiem“, das ihn ein wohlgeheimer Musikmägen — heimlich: um sich dann selbst als Autor feiern zu lassen — schreiben ließ, als aus Prag der Auftrag kam, für die Krönung des neuen Königs von Böhmen die fällige Festoper zu liefern. Metastasio albenährte „Clemenza di Tito“, unzählige Male für ähnliche Zwecke komponiert, denn Wilde ist bekanntlich von je des Herrschers höchste Tugend, wurde also Text zugrunde gelegt. Nach knapp drei Wochen, September 1791, erlang das Werk, das Mozart daraus gemacht hat. Und im selben Monat dirigierte er in Wien die Uraufführung seiner „Zauberflöte“. So amerikanisch war das Tempo seines Wirkens. Seine Preise waren es nicht; noch vor wenigen Monaten hätte er sich bei den „Gnädigen Herren des hochlöblichen hochwelschen Wiener Magistrats“ um den Posten eines Kapellmeister-Balontars beworben; die städtische Behörde hatte nicht das Herz, nein zu sagen... R. B.

Journalisten-Versicherung in Rumänien. In Rumänien ist am 1. Januar das Gesetz über die Altersversicherung der Journalisten in Kraft getreten. Danach beträgt im Falle der Arbeitsunfähigkeit die Rente nach 10jähriger Beitragszahlung 40 Proz. des letzten Gehaltes. Die Pensionsgrundlage erhöht sich nach 10jähriger Dienstzeit um je 3 Proz. für das Jahr. Nach einer Berufstätigkeit von 30 Jahren hat der Berechtigte Anspruch auf 100 Proz. seines Monatsgehältes, bzw. den Monatsdurchschnittsbetrag seiner Einnahmen während der letzten 5 Jahre.

# Geisteskrisis durch Wirtschaftsnot.

## Krise des Individualismus. — Ruf nach dem Staat. — Januarbrief aus USA.

In den Vereinigten Staaten naht eine Krise des Individualismus. Bis zum Ausbruch dieser Krise galt das Dogma, daß es in Amerika keine Arbeitslosen gibt und daß die höchsten Löhne der Welt gezahlt werden, der Arbeiter habe die höchste Lebenshaltung auf Erden, ein eigenes Haus, sein Radio und sein Auto, und man hatte bis dahin mit Grausen nach den Ländern mit sozialistischem Einschlag gesehen. Es gibt neben den beiden Parteien, die durchaus in der Hand des die Wahlskampagnen bezahlenden Großkapitals sind, eine Opposition, die sozialistische und die Farmerpartei, von denen freilich offiziell wenig geredet wird. Wenn man aber drei der führenden objektiven Zeitschriften liest, „The New Republic“, „The American Mercury“ und „The Nation“, Zeitschriften von entscheidendem geistigen Einfluß, dann weiß man, daß der Einfluß der Opposition wächst, und zwar in die Tiefe und in die Breite; sie hat nur noch keine feste Form gewonnen. Sie scheint vorläufig erst in der Literatur zu leben; aber man beginnt jetzt

zum ersten Male in der amerikanischen Geschichte von Revolutionsgefahr zu reden.

Was liegt vor? Seit man von der sehr großen Arbeitslosigkeit weiß, ist der Glaube an das herrliche Leben des amerikanischen Arbeiters zusammengebrochen. New York, wo die höchsten Löhne gezahlt werden, hat nach letzten Feststellungen als Durchschnittslohn im Jahre 1928 noch keine 30 Dollar bezahlt, was bei den dortigen Lebenshaltungskosten nicht sehr viel ist. Dabei muß man auch in New York stundenlang auf der Bahn sitzen, um die Wege bis zur Arbeitsstelle und zurück zu überwinden. In jedem Jahre ist man 14 Proz. der normalen Arbeitszeit ohne Beschäftigung und hat keinerlei Unterstützung zu erwarten. Die hohen Löhne von 30 Dollar gelten aber auch nur als Durchschnittslohn für den günstigsten Fall, nämlich derjenigen Arbeiter, die das ganze Jahr arbeiten konnten. Wieviel Arbeitslose gibt es nun, die ohne Unterstützung sind? An einem Tage las man 3 500 000, einige Tage darauf — und das war kein Druckfehler, sondern eine Annäherung an die richtige Zahl — fast man 5 300 000. Das riesige New York aber gibt heute im ganzen 10 000 Arbeitslosen eine Dreitageweche lang Arbeit zu einem Wochenlohn von 15 Dollar.

Wie schaut man sich nun gegen Arbeitslosigkeit? Man weiß in Europa, daß man in Amerika von seinem „hohen“ Gehalt oder Lohn sich persönlich versichert, um ein ruhiges Alter zu haben, wenn die Arbeitskraft verbraucht ist. Fast die ganze Nation ist versichert,

es gibt 95 Millionen Versicherungen. Wie schön das klingt!

Ein Schriftsteller vom Range Epsteins stellt aber fest, daß von diesen 95 Millionen Versicherungsverträgen 72 Millionen über einen Durchschnittsbetrag von noch nicht 300 Dollar lauten, eine Summe, die kaum die Beerdigungskosten deckt. Hat aber nicht jeder Amerikaner sein eigenes Haus? Das gilt zum mindesten nicht für jene Arbeiter in den Industriegebieten. Und unter uns — was da oft Haus genannt wird, ist eine Bretterbude von vielleicht etwas besserer Art, wie Deutschland sie in den Schrebergärten hat. Die begeistertsten Schilderungen vom „brausenden Lebenshypeus“ in der neuen Welt und von der „Selbstsicherheit des Amerikaners“, die gelten nicht für den Arbeiter, sondern bestenfalls für den Geschäftsmann, und sind mit der Begeisterung der Zwei- und Dreimonatsbesucher in den Staaten gesehen.

Wer wenig von Amerika weiß, der weiß doch, daß Chicago als Verbrecherparadies gilt. Ein Kenner der Verhältnisse hat kürzlich geschrieben, daß sich in Chicago private Gruppen von Arbeitslosen berufsmäßige Verbrecher für Geld dingen, um durch entsprechende „Maßnahmen“ gegenüber Unternehmern ihr Lebensbedürfnis nach Arbeit gegen die Gesellschaft zu befriedigen. Selbstverständlich ist ein solches System der Privathilfe mit verbrecherischen Einschüchterungsversuchen noch unzulänglicher als das der Wohlthätigkeit, mit dem man sich in der amerikanischen Gesellschaft jetzt noch gegen die Arbeitslosigkeit zu helfen sucht. Die geistige

### Opposition gegen dieses System der Wohlthätigkeit

wächst. In den Dezember- und Januarheften der führenden Zeitschriften ist überall zu lesen, daß der Staat dafür zu sorgen hat, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt wird, und daß mit privater Wohlthätigkeit gar nichts auszurichten sei. Freilich erhebt sich auch dagegen sofort ein Senator und erklärt, die Verfassung gebe keine Handhabe für Unternehmungsmassnahmen. So löst man die Arbeitnehmer leiden, die sonst zwei Drittel des Nationaleinkommens beziehen, und das letzte Drittel des Nationaleinkommens, das nicht in Löhnen besteht, begnügt sich damit, sich mit gelegentlichen Wohlthätigkeitsaktionen in den Zeitungen großzutun.

Amerika ist sich selbst an nächsten — man hört zwar von schimmernden europäischen Verhältnissen, aber man spürt sie nicht. So will man heute in einem Lande, wo noch viele Millionen auf Farmen leben könnten, auch wenn sie nicht extra noch „Geld

machen“. Jede Einwanderung aufheben, um die Konkurrenz zu vermehren. Kürzlich bereiste der große irische Sozialist, der Wirtschaftler und Dichter George William Russell die Staaten und sprach zu der führenden Intelligenz an den Universitäten: Baut jetzt eine agrarische Kultur auf. Entwickelt eine Tendenz wenigstens, Leute auf der Scholle hochzubringen! Aber es ist zu fürchten, daß dieser Ruf verhallen wird, obwohl Frankreich, der einzige nicht überindustrialisierte Großstaat, als Beispiel lehren könnte, wieviel davon abhängt. Frankreich ist das einzige Land, das Arbeit im großen Maße importieren mußte. Es ist keineswegs der Goldvorrat in der Bank von Frankreich die Ursache dieses glücklichen Zustandes; denn käme es darauf an, so müßte Amerika florieren; die Hälfte des Weltgoldvorrats liegt ja in den Vereinigten Staaten, und dennoch herrscht die schwerste Krise. Die russischen Bauern, die man in der dritten Klasse nach Kanada fahren sah, haben inzwischen dort Boden gefunden und schreiben beglückt, und die deutschen und schwedischen Bauern, die hier im Lande arbeiten wollten, sie müssen nicht hungern. Der Bergmann, der dem Ruhrgebiet entrann und sich hier als Farmer niederließ, hat für sich und seine Nachkommen das gesündere und bessere Teil erwählt.

Der Uberschuß an Arbeitskraft in der Welt wird bei der heutigen Überindustrialisierung in den Städten verbraucht werden können. Daran können alle Goldvorräte der Welt nichts ändern.

Vor fünf Monaten glaubte noch jedermann hier, es würde im Herbst wieder besser werden. Jetzt glaubt man schon nicht mehr, daß es im Frühling besser wird. Immerhin spüren die Reichen und Mächtigen nichts von der Not, und es wird auch sonst noch eine Weile dauern, bis hier ein deutliches Klagenhormon als Voraussetzung für eine soziale Neuordnung entstehen wird. Aber man weiß heute schon, daß es nicht so ist, daß sich jeder Amerikaner in die Höhe arbeiten kann, wie man bisher glauben machte. Dieser Glaube ist endgültig erschüttert — die Krise des Individualismus in Amerika ist da.

## Wirtschaftlicher Umschwung?

### Optimistische Rede des Botschafters Sackett.

Bei einem Bankett der amerikanischen Handelskammer hielt der amerikanische Botschafter in Berlin, Frederic W. Sackett, eine Ansprache, in der er über die Wirtschaftslage in USA folgendes ausführte:

Ich will von den amerikanischen Verhältnissen sprechen, weil ich sie am besten kenne. Die Beobachter des Wirtschaftslebens werden in der Zukunft zweifellos die jetzige Lage auf eine Ueberproduktion an Waren zurückführen, deren Entstehung auf die künstliche Anregung des Wirtschaftslebens durch die Kriegszeit zurückgeht. Amerika ist durch seine Lage nicht nur als industrialisiertes Land, sondern auch als einer der größten Warenhersteller der Welt durch die jetzige Depression besonders schwer betroffen. Sein eigener Inlandmarkt spirte den Schlag noch heftiger als sein Exportmarkt. Der Wert seiner landwirtschaftlichen Produkte war im Jahre 1930 um 2400 Millionen Dollar geringer als der Wert der Ernten gleichen Umfangs im Jahre 1929. Diese Schrumpfung von Werten zerstörte die Kaufkraft von einem Drittel der ganzen amerikanischen Bevölkerung. In ihrem Gefolge kam in den letzten Monaten der Zusammenbruch vieler amerikanischer Finanzinstitute. Zu Beginn dieses Jahres können wir jedoch bezeichnende Veränderungen erkennen, die darauf hinweisen, daß das Schlimmste überstanden und der Tiefpunkt erreicht ist. Unsere wirtschaftliche Genesung ist schmerzhaft und langwierig, aber sie verläuft in ihrer allgemeinen Tendenz entsprechend ähnlichen Depressionsperioden der Vergangenheit. Die Finanzkatastrophen im Bankwesen, eine Folge eingefrorener Kredite, die in unseren früheren Depressionsperioden jedesmal das letzte Stadium des Rückganges bezeichnet haben, ermutigt zu der Annahme, daß der Umschwung eingetreten ist.

Die Umstellung ist in vollem Gange. Die bekannten wunden Punkte des Bankwesens sind durch die radikale Methode der Liquidierung endlich beseitigt. So ist das Geldwesen auf eine durchaus liquide starke Grundlage gestellt worden. Die planmäßige Einschränkung der Produktion in Schwarz- und Fertigungindustrie macht Fortschritte und wird zu einem angemessenen Ausgleich mit der Aufnahmefähigkeit des Landes führen. Die Lebenshaltungskosten geben bereits den Einfluß wieder, den sowohl der Rückgang der Materialpreise als auch die Rückkehr von den Uebererhebungen der letzten Jahre zu einer vernünftigen Hauswirtschaft ausgeübt haben. Die Lagerbestände der Wiederverkäufer sind in diesem Jahre so gering wie schon lange nicht mehr und lassen uns mit Zuversicht der neuen Nachfrage von Millionen Konsumenten entgegensehen.

### Beruhigung bei der Reichsbank?

#### Wieder Zugänge nach 355 Millionen Devisenverlusten.

Die Reichsbank hat in der Woche zum 23. Januar auf ihren verschiedenen Konten wieder recht bemerkenswerte Veränderungen zu verzeichnen. Die Bestände an Handelswechseln haben um nur 23 auf 1655 Millionen abgenommen. Zieht man davon noch die neu angekauften 10,3 Millionen Reichsschatzwechsel ab, so ergibt sich für die dritte Januarwoche nur eine Entlastung von rund 13 Millionen. Es dürfte also die Reueinreichung von Wechseln durch die Banken, d. h. das Geldbedürfnis der Banken recht groß gewesen sein, nachdem sehr große Wechselbeträge ja eingelöst werden mußten. Eine größere Entlastung ergab sich nur bei den Bombarddarlehen, die um 46,1 auf 69 Millionen zurückgingen. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 206,3 auf 3756,0 Millionen verringert.

Die wichtigsten Veränderungen sind aber auf dem Gold- und Devisenkonto zu verzeichnen. Hier haben sich zwar die Goldbestände (Ankäufe von russischem Gold) um 28,5 auf 2244,4 Millionen erhöht; die Bestände an bedienungsfähigen Devisen sind dagegen weiter um 72,5 auf 196,5 Millionen zurückgegangen. Rechnet man bis zur Dezenbermitte zurück, so zeigt sich auf dem

Goldkonto zwar eine Vermehrung um rund 29 Millionen Mark, bei den Devisenbeständen ist aber eine Verminderung um rund 355 Millionen eingetreten. Die Hauptursachen dafür sind natürliche Vorgänge: der letzte Teil des Dollar-Reichskredits dürfte inzwischen in Mark umgewandelt worden sein, vom Ausland sind gewisse Devisenkredite bei ihrer Fälligkeit nicht erneuert worden, und die deutschen Banken selbst dürften auch kaum neue Devisenkredite aufgenommen haben. Sicher aber ist, daß ausländische Baluten in Deutschland in großem Umfang verwandelt worden ist, um ausländische Werte zu erwerben, d. h. die Kapitalflucht aus Deutschland dauert noch fort, und die Reichsbank wird durch die Finanzierung der Kapitalflucht, die zugleich die ausländischen Baluten in die Höhe treibt, geschädigt.

Freilich heißt es, daß in der Woche zum 23. Januar sich das Blatt insoweit geändert hat, als die Reichsbank auch wieder Devisenzuflüsse verzeichnet. Das Notendekundungsverhältnis ist trotz der bisherigen Devisenverluste der Reichsbank günstig geblieben. Das Verhältnis der am 23. Januar vorhandenen Gold- und Devisenbestände zu den umlaufenden Noten hat sich gegen die Vormoche von 62,7 auf 65,0 Proz. verbessert, da ja der Notenumlauf recht erheblich zurückgegangen ist.

## Lebensmittel teurer.

### Preisaufflodung im Januar.

Die neueste Veröffentlichung der Berliner Wirtschaftsberichte, die stündig Preisuntersuchungen auf allen Gebieten der Nahrungsmittel veranstalten, zeigt, daß in den beiden ersten Januarwochen die rückläufige Preisbewegung auf den Lebensmittelmärkten nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern daß bereits ein Preisrückschlag nach oben eingetreten ist.

Vom 17. Dezember bis 14. Januar hat sich im ganzen die Senkung der Kleinhandelspreise nur für Fleisch, Hülsenfrüchte und Käse fortgesetzt, während Fisch und Gemüse sich erheblich verteuert haben. Beim Gemüse ist die Ursache in dem Witterungsumschlag zu suchen, da mit dem Einsetzen des Frostwetters die Zufuhren nachgelassen haben. Das gleiche gilt auch für Kartoffeln, die gleichfalls erhöhte Preise aufweisen. Die Fischpreise, die im einzelnen schwer zu kontrollieren sind, haben sich in der Berichtszeit in einem Umfang verteuert, daß damit die seit dem November eingetretenen Preisentkungen wieder ausgeglichen sind.

Die durchschnittlichen Ernährungskosten einer fünfköpfigen Familie in vier Wochen betragen am 14. Januar gegenüber dem 17. Dezember

für Fleisch und Wurstwaren . . .	19,41	gegen	19,58	Mark
- Fett, Milch, Eier, Käse . . .	29,80	-	29,27	-
- Brot, Gemüse, Kartoffeln . . .	33,14	-	32,44	-
- sonstige Lebensmittel . . .	10,-	-	9,97	-

Die gesamten durchschnittlichen Ernährungskosten beliefen sich also Mitte Januar auf 92,35 Mark gegenüber 91,26 Mark Mitte Dezember. Sie hatten sich demnach um 1,09 oder um 1,2 Proz. erhöht. Die gesamte Verbilligung bei den Kleinhandelspreisen für Lebensmittel beläuft sich seit dem Beginn der mit großem Anlauf begonnenen Preisabbauaktion auf 3,14 Mark für die monatlichen Lebensmittelkosten oder 3,3 Proz. In diesen Zahlen tritt das völlige Fiasco der Preisabbauaktion im Lebensmittel-Kleinhandel zutage. Stellt man diesen dürftigen Preisrückgang die Drofflung der Kaufkraft durch den Abbau der Tariflöhne, die massenhafte Arbeitslosigkeit und kurzarbeit gegenüber, so zeigt sich erst, in wie erschreckender Weise die Lebenshaltung der breiten Massen eingengt worden ist. Verschärft wird dieser Zustand noch dadurch, daß etwa die Hälfte der Gesamtausgaben einer Arbeiterfamilie, die Kosten für Miete, Verkehr und Haushaltstarife überhaupt nicht gezahlt worden sind.

## Die Obst- und Gemüsebilanz.

### Fruchthändler gegen Südfruchtmonopol.

Auf der Tagung des Reichsverbandes Deutscher Fruchthändler in Köln stand die Frage des Südfruchtmonopols im Mittelpunkt der Debatte. Daß unsere ablehnende Haltung zum Südfruchtmonopol von den Interessentkreisen der Großhändler geteilt wird, kann nicht weiter überraschen, jedoch werden Einzelheiten der Begründung für die ablehnende Haltung des Fruchthandels, die der Verbandssyndikus auf der Kölner Tagung gab, festgehalten zu werden.

Der Referent wies darauf hin, daß weite Kreise in Deutschland die Einfuhr ausländischer Produkte für die große Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Diese Behauptungen tauchten besonders häufig bei der Einfuhr von Obst, Gemüse und Südfrüchten auf. Die Ergebnisse unserer Handelsbilanz zeigten jedoch, daß die Einfuhr von Obst und Gemüse nach Deutschland nur eine Ergänzungseinfuhr sei, das heißt, daß mit dieser ausländischen Einfuhr derjenige Bedarf der deutschen Konsumenten gedeckt würde, den die einheimische Produktion entweder aus klimatischen Gründen oder aus produktionsstechnischen Ursachen nicht selbst befriedigen könne. Aus der Handelsbilanz für 1930 gebe hervor, daß infolge verbesserter und verstärkter deutscher Gemüselieferungen die Einfuhr ausländischen Gemüses um etwa 30 Proz. zurückgegangen sei.

Der Wert der Obsteinfuhr sei mit 170 Millionen Mark gegenüber 1929 noch ein wenig höher gewesen. Hierdurch wird aber nur die Tatsache bestätigt, daß der Import von ausländischem Obst eine Ergänzungseinfuhr darstelle, denn im letzten Jahre war in Deutschland unter anderem eine katastrophale Misere an Äpfeln zu verzeichnen. Infolgedessen sei allein die Einfuhr von Äpfeln im letzten Jahre sehr stark von 1,63 auf 2,43 Millionen Doppelpentnern gestiegen.

Bei der vielumstrittenen Frage der Südfruchteinfuhr, für die der Gartenbau zur Behebung seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein Reichsmonopol vorgeschlagen habe, sei zu betonen, daß die Südfrüchte als Konkurrenz für den deutschen Gartenbau gar nicht in Frage kämen. Einmal könnten diese Produkte in Deutschland gar nicht gezüchtet werden, und zum anderen würden sie überwiegend in der obstarmen Zeit nach Deutschland eingeführt. Bei einer Gesamteinuhr von 178 Millionen Mark für Südfrüchte sei es klar, daß ein derartig geringer Umsatz nicht die Errichtung einer teuren Reichsmonopolstelle lohne. Man dürfe bei dieser Frage auch nicht die Wirkungen auf die Länder vergessen, mit denen Deutschland in handelsvertraglichen Beziehungen stehe.

Zum Schluß seiner Ausführungen richtete der Referent an den deutschen Gartenbau Forderungen, die im Interesse des Konsumenten nur zu unterstreichen sind. Er erklärte, daß der deutsche Fruchthandel durchaus bereit sei, deutsche marktfähige Ware jederzeit abzunehmen. Die Voraussetzung hierfür aber sei, daß der deutsche Obstzüchter und Gemüsebauer auch wirklich marktfähige Ware liefere. Hierzu sei notwendig, daß die Ware in handelsfähiger Aufmachung sortiert sei und in durchaus gesunder Beschaffenheit auf den Markt gelangt.

### Deutschland steigert seinen Anteil an der Farbenwellausfuhr.

Während die Entwicklung des Weltausfuhrhandels in Teerfarben werden jetzt für die Zeit vom Januar bis September 1930 die wichtigsten Ergebnisse veröffentlicht. Die Teerfarbenausfuhr Deutschlands konnte ihren Anteil auf dem Weltmarkt nach von 63,7 auf 63,2 Proz. steigern, während bei allen anderen Ländern, mit Ausnahme von Italien, der prozentuale Anteil zurückging. Der Wert der Ausfuhr stellte sich für Deutschland auf 144,6 gegen 138,4 Millionen Mark, bei der Schweiz auf 43,4 gegen 49,4 Millionen Mark, bei den Vereinigten Staaten auf 18,5 gegen 23,4 Millionen Mark, bei Großbritannien auf 12,4 gegen 15,3 Millionen Mark, und bei Italien auf 2,19 gegen 1,94 Millionen Mark.

